KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
1. DEZ. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 47.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 18. bis 24. November 1910.

Posen, den 29. November 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 268 des Postęp (Posen) vom 23. November 1910:

Der ehemalige Abgeordnete Bernhard Chrzanowski erhielt von einem unbekannten Wohltäter aus Russisch-Polen 25000 Rubel mit dem Ersuchen, das Geld der Grunwaldspende in Großpolen zu überweisen. In deutscher Währung beträgt die Summe 51265 M. Diese Summe überwies Chrzanowski, wie er öffentlich bekannt gibt, dem Volksbibliothekenverein und der kulturellen Sektion des „Straschvereins". Der Volksbibliothekenverein erhielt 26265 Mark und die kulturelle Sektion der „Strasch" rund 25000 Mark. Die betreffenden Schatzmeister haben über die empfangenen Summen Quittung geleistet.

Aus Nr. 264 des Orędownik (Posen) vom 18. November 1910:

Die Generalversammlung des demokratisch-nationalen Vereins eröffnete gestern mittag 12 Uhr in Gegenwart von etwa 90 Mitgliedern aus verschiedenen Gegenden des Landes in Vertretung des erkrankten Vorsitzenden B. v. Chrzanowski der Stellvertreter desselben, Herr St. Chociszewski. Auf seinen Vorschlag wurde das Andenken des so verdienten Bürgers, wenn auch nicht Vereinsmitgliedes, Prälaten Wawrzyniak durch Erheben von den Plätzen geehrt. Auf Antrag des Schriftführers, Herrn Dr. M. v. Mieczkowski, wurden aus der Vereinskasse 100 Mark dem Wawrzyniakfonds für Aufklärungszwecke überwiesen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Dr. Anton Chłapowski, zum Schriftführer Herr Anton Marweg gewählt. Seine Nichtanwesenheit entschuldigte der Abgeordnete Graf Mielzynski.

Die Versammlung schreitet sodann zur Wahl von 12 Mitgliedern aus der Mitte des Aufsichtsrats an Stelle der Ausscheidenden und wählt auf Antrag des Herrn Kucik-Gnesen alle durch Zuruf mit Ausnahme des Herrn Jachowski aus Jarotschin, welcher ersucht hat, ihn von der Pflicht zu entbinden, da er zu den Sitzungen des Hauptrates nicht erscheinen könne, sowie mit Ausnahme des Herrn Rechtsanwalt Wolny aus Gleiwitz, welcher aus dem Verein ausgetreten ist. Dr. v. Mieczkowski empfiehlt an Stelle des Herrn Jachowski Herrn Kapalczynski aus Wreschen und teilt mit, das schlesische Provinzialkomitee des demokratisch-nationalen Vereins habe den Antrag eingereicht, den Abgeordneten Korfanty aus der Organisation auszuschließen. Dieser Antrag wurde gegenstandslos, da der Abgeordnete Korfanty selbst seinen Austritt angemeldet hat. Redner ersucht, man möge die Wahl zweier neuer Mitglieder aus Schlesien zum Hauptrat letzterem im Einvernehmen mit dem schlesischen Komitee überlassen. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Herr K. Rzepecki schlägt vor, den Hauptrat auf die beim vorigen Male beschlossene Zahl von 60 Mitgliedern zu vervollständigen. Nach einigen Ansprachen überweist die Versammlung die Sache dem Hauptrat.

Bei dem folgenden Punkte berichtet Rzepecki über den Stand der Organisation des demokratisch-nationalen Vereins. Vorstand und Hauptrat haben sich an die s. Z. gegebene Direktive gehalten, bei der Aufnahme neuer Mitglieder Vorsicht zu beobachten. Jeder Kandidat muß von drei Mitgliedern empfohlen sein, die vor allem für seinen Charakter bürgen. Auf diese Weise umfaßt die Organisation gegenwärtig 250 Mitglieder, die überwiegend im Großherzogtum, und zwar in 20 Kreisen wohnen. Am besten sind die Mitglieder natürlich in Posen organisiert. In einigen Kreisen ist die Organisationsarbeit begonnen; man darf jedoch nicht verhehlen, daß es Kreise gibt, die sich dem Verein gegenüber passiv verhalten. In Schlesien besteht ein Provinzialkomitee, dagegen beabsichtigt der Vorstand zur Organisation der Provinz Westpreußen und der Fremde erst zu schreiten; wir haben dort bisher nur wenige Persönlichkeiten. überhaupt ist jetzt die Zeit da, auf eine etwas breitere Grundlage überzugehen und Lokalkomitees zu schaffen. Der Kassenbestand beläuft sich gegenwärtig auf 853 Mark. Im künftigen Jahre müßten von den bisherigen Mitgliedern gegen 1000 Mark einfließen, von den neuen Mitgliedern abgesehen.

Redakteur Dr. M. Seyda ist damit einverstanden. Man kann das nur durch eine gewisse Dezentralisation erreichen. Wir waren bisher sehr zurückhaltend in der Aufnahme von Mitgliedern. Massenhaft wollen wir sie auch in Zukunft nicht aufnehmen; es gilt aber, jetzt auf eine etwas breitere Grundlage überzugehen und auch auf das Land überzugreifen; dazu sind aber Kreiskomitees durchaus nötig. Ihnen sollten Vertreter aller Wahlbezirke des gegebenen Kreises angehören.

Redakteur J. Marweg hebt hervor, daß unsere Kraft bisher hauptsächlich auf der Presse und auf den Führern beruhte. Die Führer können sterben oder enttäuschen, wofür wir gegenwärtig in Schlesien ein Beispiel haben. Die Presse kann aufgekauft werden, was Schlesien gleichfalls beweist. Darum müssen wir eine breite Grundlage beschreiten, aber wir sollten nicht massenhaft Mitglieder aufnehmen, denn wir können für sie nicht bürgen. Wir müssen bei der Aufnahme

wählerisch sein und sogar damit rechnen, ob das betreffende Mitglied den Beitrag zahlen kann.

Dr. Chlapowski und Redakteur Kucik warnen davor, auf die Beitragsangelegenheit allzu großen Nachdruck zu legen.

Direktor Wyczynski mißt den Anhängern, welche Nichtmitglieder sind, kein Gewicht bei und bittet für die Zukunft um eine genaue Statistik, auch hinsichtlich des Berufes der Mitglieder. — Auf die Anfrage des Redners bezüglich der Geistlichen antwortet der Vorsitzende, Geistliche hätten bei der Gründung des demokratisch-nationalen Vereins mitgearbeitet und sie sympathisierten mit ihm, sie gehörten dem Verein aber aus taktischen Gründen formell nicht an.

Herr Sieradzki ersucht um die Veranstaltung aufklärender politischer Versammlungen, besonders mit Rücksicht auf die Arbeiterschichten.

Herr Folleher ist der Meinung, es werde den Arbeitern die eine Mark nicht leid tun, sobald sie politische Aufklärung geboten erhalten.

Herr Rzepecki vervollständigt seinen Bericht durch Anführung der Einzelheit, daß wir im demokratisch-nationalen Verein abgesehen von den mit ihm Sympatisierenden, 6 Abgeordnete als Mitglieder haben. Nach Beitritt des Redakteurs des Dziennik Bydgoski, Herrn Teska, zur Organisation steht die ganze politische Tagespresse durch ihre Leiter auf dem Boden des Vereins, mit Ausnahme der konservativen Organe.

Dr. M. Seyda weist auf die Posener Ortsgruppe als auf ein Muster für die übrigen Kreise hin. In Posen haben wir ein Ortskomitee, welches immer nach einigen Wochen in jeder wichtigeren politischen Frage eine Versammlung einberuft. In diesen Versammlungen finden politische Vorträge statt, es vollzieht sich eine ungebundene und parlamentarische Diskussion und es herrscht die beste Harmonie zwischen dem Volke und der Intelligenz. In den Kreisen Posen-Ost und -West sind die vorbereitenden Arbeiten in die Wege geleitet worden, um die Organisation auf die gleichen Grundlagen aufzubauen. Die ganze Provinz sollte diesem Beispiel folgen.

Herr Kosmicki tritt für die breiteste Organisation ein, ebenso Herr Wyczynski, da die große Zahl bestimmend ist für die Kraft.

Herr Kucik erklärt sich für Volksversammlungen und für die Verbreitung von politischer Literatur.

Herr Chociszewski hebt hervor, daß man die Anhänger, welche nicht Mitglieder des Vereins seien, nicht gering schätzen dürfe. Jede Partei operiere mit solchen Anhängern. Aufs Land müsse zweifellos gegangen werden, aber die Agitation müsse von den Städten ausgehen, die stets mehr demokratisch seien.

Dr. Marchlewski ist für Erweiterung der Organisation, aber ohne Umstoßung des Grundsatzes, daß unsere Kraft in der Qualität und nicht in der Quantität der Mitglieder liegen soll.

Dr. v. Mieczkowski teilt diese Ansicht. Er zieht 20 gute Mitglieder 200 schlechten vor. Wir sollten Kandidaten nicht zurückstoßen, aber auch nicht auf solche Jagd machen. In einer Agitationsversammlung soll man nach heißen Worten nicht gleich Mitglieder aufnehmen, sondern eine Person bezeichnen, bei welcher sich die Kandidaten nach kühler Überlegung melden können.

Redakteur Teska-Bromberg rät, sich stets auf die lokalen Verhältnisse zu stützen. In Posen und Umgegend könne die Mitgliederzahl größer sein, dagegen reiche in mehr ländlichen Kreisen ein kleiner, aber auserwählter Zirkel hin. Redner ist mit den vorgeschlagenen Kreiskomitees einverstanden. Ihnen müßten die Vertrauensmänner unterstehen.

Herr Krystek spricht für den Zusammenschluß der Intelligenz und des Volkes.

Der Vorsitzende Herr Dr. Chlapowski referiert, daß die Versammlung wünsche: 1. die stufenweise Erweiterung der Organisation, 2. die Bildung von Kreiskomitees nach Möglichkeit, 3. die Einbegreifung auch des platten Landes in größerem Maße als bisher in die Organisationsarbeit.

Herr Tucholski referiert im Namen der Revisionskommission, welche die Kasse geprüft hat, daß alles in gehöriger Ordnung befunden sei, die Einnahme 1276, die Ausgabe 323 M. betragen habe und der Bestand sich auf 853 M. beläuft.

Über das Thema: Der demokratisch-nationale Verein auf dem Hintergrunde der politischen Verhältnisse" referiert jetzt Dr. v. Mieczkowski. Redner erinnert kurz an die Hauptgrundsätze des demokratisch-nationalen Vereins, an welche sich der Hauptrat in seinen 10 Sitzungen gehalten habe. In diesen Sitzungen habe er allen hervorragenden politischen Vorgängen gegenüber Stellung genommen. Das Verhältnis des preußischen Systems zu der polnischen Volksgemeinschaft sei unverändert geblieben; dieses System strebe auch weiterhin danach, uns zu germanisieren. Rheinbaben und Bülow seien gegangen, und schon habe Bethmann Hollweg seine berüchtigste antipolnische Programmrede gehalten. Man enteigne uns fürs erste nicht, denn das liege heut nicht im Interesse des Staats und seiner leitenden Kreise. Österreich habe zweifellos Vorstellungen erhoben, in welcher Lage es sich befinde, wenn in Preußen die Enteignung der Polen beginnen werde. Die Konservativen fürchteten die Bauernbewegung und die Regierung die künftigen Reichstagswahlen. Unsererseits der Regierung, welche an Zugeständnisse nicht denke, die Hand entgegenzustrecken, das entspreche unserem nationalen Interesse nicht, und darum habe der Hauptrat s. Z. eine entsprechende Resolution gefaßt. Die Quelle der antipolnischen Politik sei nicht unser so oder anders geartetes Verhalten, sondern unser Fortschritt auf allen Feldern des nationalen Lebens. Wir brauchten nicht zu provozieren, wir wollen aber keine Politik führen, die in der Volksgemeinschaft Unruhe hervorrufen bzw. unsern Glauben an die eigenen Kräfte schwächen muß.

Die Politik der Fraktionen zeitige wenig reale Ergebnisse; aber sie sei insofern wichtig, als sie unmittelbar auf unsere Politik im Lande von Einfluß sei. Darum wünschten wir in den Fraktionen das Übergewicht zu haben; wir dächten aber keineswegs daran, alle Abgeordneten, die anderen Überzeugungen huldigen, auszurotten. In den Fraktionen müßten unsere verschiedenen politischen Schattierungen vertreten sein. Redner bespricht die Gründe, die den Hauptrat bewogen haben, die Wahlen in Kosten — Schmiegel — Grätz — Neutomischel sowie in Schrimm — Schroda — Wreschen kompromißweise zu behandeln. Weiter bespricht er die Angelegenheit der Reichsfinanzreform. Der Hauptrat erklärte sich aus allgemein-nationalen Gründen gegen die Erbschaftssteuer und dafür für die Wertpapiersteuer; denn die Volksgemeinschaft habe wenig Wertpapiere, dafür aber viel Immobilien. Es seien aber manche, dem demokratisch-nationalen Verein angehörende Abgeordnete zu weit gegangen und sie hätten entgegen den Intentionen des Hauptrats die konservativ-zentrumsparteiliche Reform als Ganzes unterstützt. Im übrigen sei unser Verhältnis zu den Abgeordneten ein solches, daß wir von ihnen die Verteidigung unserer Grundsätze in der Fraktion fordern, ihnen jedoch in den Einzelheiten Weisungen nicht aufdrängen.

Was die inneren Verhältnisse betrifft, so sei eine bedeutende Annäherung des demokratisch-nationalen Vereins an die Volksmassen eingetreten. Bei der

Gründung der Organisation habe die Intelligenz überwogen, und das Volk habe ein gewisses Mißtrauen empfunden. Die letzten Posener Wahlen hätten das Volk der Intelligenz genähert und umgekehrt. Nach der Wahl hätten die Vertreter der nationalen Arbeiter den Wunsch ausgedrückt, man solle sie in der Organisation zur Mitarbeit und Mitarbeiterschaft zulassen. Die Organisation sei damit einverstanden gewesen, und seitdem bildeten die Arbeiter im demokratisch-nationalen Verein eine sehr beachtenswerte Kraft. Redner geht auf andere Parteiorganisationen über. In der Volkspartei bekämpften wir das Klassenprinzip, welches in dem programmatischen Aufruf ausgesprochen und in der Praxis durchgeführt worden sei. Die Mitglieder der Volkspartei seien fast ausschließlich Vertreter einer Volksschicht, der Arbeiter. Was den Nationalbund betreffe, so verkünde dieser zwar Parteilosigkeit, er sei aber ausschließlich aus Gegnerschaft zum demokratisch-nationalen Verein entstanden. Der Einfluß des Nationalbundes auf den Gang der politischen Ereignisse werde solange ein verschiedener sein, als bis der Nationalbund mit irgendwelchen präzisen Grundsätzen auftreten werde.

Der Hauptrat habe sich s. Z. gegen die politische Diktatur des Zentralkomitees erklärt, er sei aber im Prinzip für die Schaffung eines Nationalrats als Organisation zur Verständigung der einzelnen Parteien und Lager untereinander sowie mit den Fraktionen und der obersten Wahlbehörde. Natürlich seien wir mit derartigen Verhältnissen nicht einverstanden, daß es möglich wäre, die Vertreter unsrer Partei zu majorisieren, ebenso wie wir das nicht zu tun gedächten.

In allen obigen Fällen habe der Hauptrat Stellung genommen, und er beabsichtige auch fernerhin in diesem Sinne zu arbeiten, überzeugt, daß man der nationalen Sache diene, indem man der demokratischen Idee diene.

Die Versammlung dankt dem Referenten mit lautem Beifall.

Dr. Chłapowski bekämpft die letzten beiden Wahlkompromisse, indem er sie „Verzichtleistung“ nennt. Die Presse habe sich zu sehr engagiert. In Zukunft gelte es, sich lieber dem Kampf auszusetzen.

Herr Bresinski tadelt das Auftreten des Herrn v. Trąmpczynski in der neulich abgehaltenen Posener Wählerversammlung.

Herr Marweg bekämpft die Kompromisse, da wir in den Fraktionen nicht die Mehrheit hätten.

Maßvoller, aber auch gegen die Kompromisse spricht sich Herr Krajna aus.

Dr. Marchlewski verteidigt den Standpunkt des Hauptrats in Sachen der Kandidaturen Morawski und Trąmpczynski, er wendet sich aber an den Hauptrat mit dem Appell, die Politik der Fraktionen achtsam zu verfolgen.

Dr. M. Seyda hebt hervor, eine Politik ständigen Kampfes und ständiger Opposition sei die allerleichteste, populärste und wohlfeilste, nicht immer jedoch die ersprießlichste. Mut zum Kampf hätten wir, denn wir hätten schon manches durchgemacht. Wir seien bereit, in die Bresche zu treten; aber leider hätten wir nicht Leute, für die wir kämpfen sollten. Es fehle an Kandidaten, und zwar an kampfbereiten Kandidaten. Zu eigenen Gunsten kämpfen, das wollten wir nicht, und jene anderen seien in der Bresche nicht zu sehen. Redner bespricht speziell die praktischen und die allgemeinen Anlässe, die den Hauptrat bewogen hätten, sich für die Kandidaturen Morawski und Trąmpczynski zu erklären, und er schließt damit, der Hauptrat müsse beizeiten an die nächstjährigen Reichstagswahlen denken.

Redakteur Poszwinski-Hohensalza erklärt sich mit den Ausführungen des Dr. Seyda einverstanden. Das Gleiche erklären die Herren Kosmicki und Rzepecki. Dieser wünscht für die Zukunft selbständige Kandidaturen des demokratisch-nationalen Vereins.

In der freien Aussprache klärt Dr. M. Seyda auf Wunsch des Herrn Krajna die Angelegenheit des Polak und des Herrn Korfanty auf. Herr Kosmicki hebt die Bedeutung von Charakter und Moral in der Politik hervor.

Nach Verlesung des Protokolls erklärt der Vorsitzende die Sitzung nach $3\frac{1}{2}$ stündigen Beratungen um 4 Uhr für geschlossen.

Aus Nr. 266 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 20. November 1910:

Aufruhr der Ansiedler in Zabikowo.

Wie wir bereits kurz geschrieben haben, fand am Donnerstag abend in Zabikowo im Warmbier'schen Ansiedlergasthause eine von der Zabikowo'er Ortsgruppe des protestantischen Volksvereins einberufene Versammlung statt, um gegen die Ausführungen zu protestieren, die ein gewisser Ansiedler aus Zabikowo in der im polnischen Gasthause abgehaltenen Ansiedlerversammlung gemacht hatte. Diese Ausführungen können, wie sich der protestantische Volksverein in dem einberufenden Aufruf ausdrückt, das Ansehen der deutschen Ansiedlung in breiteren Kreisen in hohem Grade schädigen.

Da man zu der Protestversammlung alle Zabikowoer Ansiedler — auch die Opponenten — schriftlich eingeladen hatte, war die Beteiligung überaus zahlreich. Den geräumigen Saal füllten vollständig Männer, Frauen und nicht erwachsene Familienmitglieder an.

Nach Eröffnung der Versammlung durch Pastor Schatz, forderten einige Ansiedler aus der Oppositionspartei die Wahl des Vorsitzenden und zweier Beisitzer aus der Mitte der Versammlung. Das ließ der Pastor unter stürmischem Lärm als Vereinsvorsitzender und Saalinhaber nicht zu, indem er erklärte, er werde auf Grund des ihm zustehenden Hausrechts jeden Lärmmacher unverzüglich entfernen.

Der Führer der Unzufriedenen, Ansiedler Schumann, besteht auf seiner Forderung. Der Pastor fordert ihn zum Verlassen des Saales auf, aber fruchtlos. Endlich, nachdem sich der Lärm gelegt hatte, bemerkt Pastor Schatz, infolge der Bekanntmachung in vielen deutschen Zeitungen und in der gesamten polnischen Presse betreffend die am 6. November im Schubert'schen Gasthause abgehaltene Ansiedlerversammlung hätten sich die Augen von ganz Deutschland auf die deutsch-protestantische Kolonie in Zabikowo gerichtet. Man könne die Hetzereien und den Dünkel einer Handvoll aufsässiger Ansiedler, die kein Recht hätten, im Namen der ganzen Ansiedlung aufzutreten, nicht mit Stillschweigen übergehen, damit es nicht scheine, als sei der Rest, wahre Deutsche und treue Protestanten, mit ihren Anschauungen einverstanden.

Herr Schatz rügt mit scharfen Worten die Abtrünnlinge, welche sich mit den Polen verbänden und nicht Abscheu empfänden bei dem Gedanken des Übertritts ihrer Kinder in den Schoß der katholischen Kirche. Er sagt, die in jener Versammlung aufgestellten Behauptungen seien aus den Fingern gesogen und übertrieben. Außer einigen Unzufriedenen, welche hingehen könnten, wo sie hergekommen seien, denke keiner der Ansiedler daran, Nationalität und Glauben fortzuwerfen.

Daraufhin werden Stimmen laut: „Ja, ja, wir gehen, aber wir wollen erst unser Geld zurückhaben, um welches man uns betrogen hat. Einige Ansiedler sind schon katholisch geworden, andere sind aus der Kirche ausgetreten.“

Redner meint, die, welche abtrünnig geworden seien, sollten sich schämen. Sie hätten das für ihnen katholischerseits gebotenes Geld getan. (So? und wo sind die Beweise, Herr Pastor?) Es sei unwahr, daß man die Ansiedler mit leeren Versprechungen hergelockt habe, um sie schließlich Not und Elend preiszugeben; es seien vielmehr viele von ihnen gekommen, um die politischen Verhältnisse auszubeuten, und sie hätten nach Erreichung materieller Vorteile die Ansiedlung verlassen. Derartige Bekundungen, die in die Welt geworfen würden — so sagte Pastor Schatz —, untergrüben nicht nur das Ansehen der Ansiedlung, sondern sie verletzten auch die Gönner und Freunde. Schließlich gibt er zu, es könnten zwischen der Landbank und den Ansiedlern Streitigkeiten vorkommen infolge baulicher Mängel; aber das seien persönliche Angelegenheiten, die in der gegenwärtigen Diskussion zur Sprache zu bringen sich nicht zieme. (Widerspruch. Stimme: Für uns ist das die Hauptsache! Man hat uns betrogen!) Der Zweck der gegenwärtigen Versammlungen sei der einmütige Protest gegen die in die Welt gesetzten Verleumdungen. (Beifall und Widerspruch.)

Pastor Schatz erwähnte in seiner Ansprache mehrfach eine Handvoll Unzufriedener, 4 oder 5 Ansiedler; indes hoben die letzteren ausdrücklich hervor, daß in der vorigen Versammlung über 30 solcher gewesen sein, was auch mit der Wahrheit übereinstimmt.

Den folgenden Redner, den Disponenten der Ansiedlungsgenossenschaft in Zabikowo, früheren Arbeitersekretär Bartelt, trifft gleich am Anfang der Vorwurf, daß er die Verhältnisse in Zabikowo nicht kenne, da er nicht Ansiedler sei. Bartelt sucht zu beweisen, daß der von den Ansiedlern an die Genossenschaft gezahlte Preis von 800 bis 1700 Mark für den Morgen, kein hoher sei. Denn viel Terrain sei für Wege, den Marktplatz und die öffentlichen Bauten unentgeltlich bestimmt worden, was man habe an den einzelnen Ansiedlerstellen herausschlagen müssen. Bartelt ärgert sich darüber, daß Ansiedler polnischen Berufsverbänden beiträten, während umgekehrt die polnischen Arbeiter soviel politischen Sinn besäßen, daß sie aus Nationalitätsprinzip sich anderen Verbänden als ausschließlich polnischen nicht anschlössen.

Herr Bartelt besteigt das hakatistische Pferd und mischt die Politik in die allgemein wirtschaftlichen Angelegenheiten. Er hat sogar die polnische Berufsvereinigung in Verdacht, daß sie die erwähnte Ansiedlerversammlung zwecks Propaganda angeregt habe; denn nur so lasse sich nach seiner Meinung der im Preßbericht enthaltene Absatz erklären, daß die Polen für die „angebliche" kritische Notlage der aufsässigen Ansiedler mehr Verständnis besäßen. (Zahlreiche Stimmen: Das ist alles Quatsch!) Nun, da nennt Ihr Herren uns doch den Verfasser jenes Artikels: (Stimmen von verschiedenen Seiten des Saales her: Den können Sie sich selbst denken! Wir waren unser 30 dort und kennen alle den Verfasser. Herr Bartelt betont auch, daß die Konflikte wegen der Bauten eine private Angelegenheit der Landbank seien und daß sie das Publikum nichts angingen, worauf sich Stimmen vernehmen lassen, daß die ganze Welt von einem solchen Schacher und Schwindel erfahren sollte.

Redner ist für eine Verständigung auf dem Wege des Vergleichs, was teilweise schon geschehen sei. So habe z. B. der Ansiedler Jentsch (der Redner spricht mit Sarkasmus) 50 Mark (!) Entschädigung erhalten, und in diesem Augenblick seien die Stützen vor seinem Hause verschwunden. (Stimme: Aber dazu hat man ihm das ganze Haus umgebaut.) Er bestreite, daß in der Ansiedlung 71 Arbeiter ohne Beschäftigung seien. Nur die Faulenzer und Säufer fänden keine. Er bestreite, daß man den Ansiedlern Befreiung von den Abgaben versprochen habe. Die Kommunalsteuer betrage gegenwärtig 380% von der Einkommensteuer; aber man habe die Ansiedlung an die polnische Gemeinde Zabikowo angeschlossen. Die Sündenböcke seien somit nur die polnischen Bewohner Zabikowos. Früher habe man dort (120 bis 150% der Einkommensteuer an Kommunalsteuer bezahlt; jetzt müsse man auch 380% für die Bedürfnisse der Ansiedler zahlen. (Rufe: Aha! Somit tragen die Polen die Kosten der Germanisierung.) Manche Ansiedler seien unersättlich; sie möchten vielleicht vor jedem Hause, ja sogar im Innern des Hauses elektrisches Licht haben. Von 27 Einbrüchen, die im letzten Monat stattgefunden hätten, wisse niemand in Zabikowo etwas. (Stimme: Richtig, es waren nur 24! Heiterkeit.)

Schließlich entrüstet sich Herr Bartelt über den Vorsitzenden der Ansiedlerversammlung, weil er die Vermutung zu äußern gewagt habe, daß ihre Kinder Polen und Katholiken werden könnten. Damit habe er den Familien die größte Beleidigung (!) zugefügt, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse.

Herr Bartelt scheint in seinem exzentrischen Chauvinismus nicht zu wissen, daß er mit seiner Erklärung schändlich alle Protestanten verurteilt hat, welche auf den Rat einer „Persönlichkeit" Abtrünnlinge von der allgemeinen Kirche geworden sind.

In der Diskussion nahm zuerst das Wort der Maurer und Ansiedler Schumann. Inhaltlich sagte er, alles, was die Zeitungen geschrieben hätten, beruhe auf Wahrheit. Nicht um ein Jota weiche er von dem ab, was er in der Versammlung ausgeführt habe. Märchenhafte Summen habe man für Reklame und für Provision an die Vermittler ausgegeben, um Handel mit freien Menschen zu treiben wie mit Sklaven. Man habe Versprechungen angewandt, um „dumme Ochsen" — wie man sich ausdrückte — in die Ansiedlung zu locken. Nichts von alledem habe man gehalten, sogar nicht einmal das, daß die Ansiedlung Bahnverbindung bekommen solle. Als Schumann sodann die baulichen Mängel und die infolgedessen gegen die Landbank angestrengten Prozesse zu erörtern begann, entzog ihm Pastor Schatz das Wort.

Nicht besser ging es dem Ansiedler Linnekohl, dem der Pastor dazu einen Stich versetzte wegen seines früheren, nicht allzu ehrenhaften Lebenswandels (edel!). Als letzter trat in der Diskussion der dortige Apotheker Bluemel auf. Als Vorsitzender des Kriegervereines verdammte er die Anschauungen der widerspenstigen Ansiedler in Bausch und Bogen. Schließlich setzte er hinzu, er erhalte aus Berlin Briefe mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß er in einer Gemeinde wohnen müsse, wo so schmutzige Elemente auftauchten. (Beifall: Bezeichnend!)

Schließlich schlägt der Vorsitzende Pastor Schatz die Annahme einer fünf Punkte umfassenden Resolution vor, welche in der Oppositionsversammlung gefallene Unwahrheiten und Verleumdungen verurteilt, in welcher die Versammelten ihre patriotische und religiöse Gesinnung zum Ausdruck bringen und geloben, treu und standhaft beim protestantischen Bekenntnis zu verharren. (Unausgesetzter stürmischer Beifall einerseits, Zischen und Widerspruch andrerseits.) Ungeachtet dessen, daß eine Abstimmung über die Resolution nicht veranstaltet wurde, erklärte der Herr Pastor, sie sei einstimmig angenommen worden. Dann forderte er die Anwesenden auf, stehend das patrotische Lied „Dajczland iber ales" zu singen.

Zehn und einige Mitglieder erhoben sich nicht von den Plätzen, was den Pastor zu der Äußerung bewog, etwas derartiges könnten sich nur ungehobelte (!) Leute erlauben.

Hier trat ein unerwarteter Abschluß in dieser patriotisch-religiösen Oper ein. Kaum erklang die erste Strophe des Liedes, da fiel plötzlich der Fleischer und Gastwirt Polzin aus Lassek über den dasitzenden Ansiedler Linnekohl her, schlug ihn einigemale mit der Faust ins Gesicht, schleppte ihn durch den halben Saal und warf ihn durch die Tür, die schnell einige gleichgesinnte Helfershelfer geöffnet hatten, auf den Hof hinaus. Der wehrlose Ansiedler, ein Krüppel, stürzte nach hinten über die Treppe hinunter aufs Pflaster, wo er einige Minuten besinnungslos liegen blieb. Weder Pastor Schatz, noch der anwesende Gendarm suchten dieser Szene, die keineswegs zu dem patriotischen und christlichen Charakter der Versammlung paßte, vorzubeugen.

Da Linnekohl bereits gegen den wild gewordenen Polzin Strafantrag wegen lebensgefährlicher Körperverletzung gestellt hat, wird dieses ganze Kulturdrama von einem Epilog vor Gericht gekrönt werden. Nach der vom Herrn Pastor Schatz abgegebenen Erklärung wird die einschlägige Resolution nur an „anständige" deutsche Zeitungen verschickt werden.

Aus Nr. 267 des Dziennik Poznański (Posen) vom 22. November 1910:

In der Angelegenheit der deutschen Ansiedlerversammlung.

Anläßlich der von dem protestantischen Volksverein einberufenen Donnerstagversammlung der Ansiedler in Zabikowo behauptete das „Posener Tageblatt", daß die am 6. November stattgefundene Ansiedlerversammlung zwecks Protesterhebung gegen die Wirtschaft der Ansiedlungsgenossenschaft bzw. der Berliner „Landbank", von der polnischen Berufsvereinigung zum Zwecke der eigenen Propaganda einberufen worden sei. Wie verlautet, wollen gegen diese Insinuation die Ansiedler aus Zabikowo und auch die polnische Berufsvereinigung ganz energisch auftreten. Aus diesem Grunde veranstalten die Ansiedler in kurzer Zeit abermals eine öffentliche Versammlung. Der Ansiedler Maurer Hermann Schumann, der die Versammlung am 6. November leitete, gab zwecks Widerlegung der Behauptung des Tageblatts folgende eidesstattliche Versicherung ab:

„Ich versichere an Eidesstatt und bin bereit es jederzeit zu beschwören, daß bei der am 6. November im Schubertschen Lokal in Zabikowo stattgefundenen Besprechung über die wirtschaftliche Benachteiligung der Ansiedler seitens der Berliner „Landbank" ausschließlich nur Ansiedler aus Zabikowo anwesend gewesen sind. Es ist unwahr, daß die betreffende Versammlung von der polnischen Berufsorganisation einberufen worden ist und daß Mitglieder dieses Verbandes an ihr teilgenommen haben. In der betreffenden Versammlung wurden keine anderen als nur wirtschaftliche Angelegenheiten besprochen."

Aus Nr. 264 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 20. November 1910:

Sorgen mit den Ansiedlern.

Die preußische Regierung hat sich ein Bier gebraut, von dem niemand weiß, wer es austrinken wird. An Stelle der ruhigen polnischen Bevölkerung hat sie mit Hilfe der Ansiedelungskommission ihre Landsleute aus der ganzen Welt herangezogen, und diese danken ihr jetzt auf merkwürdige Weise. Zunächst haben viele unter Flüchen auf das Vaterland das preußische Paradies verlassen. Andere führen in völliger Abhängigkeit von der Ansiedelungskommission ein wahrhaft sklavisches Dasein. Schließlich gibt es auch solche, welche drohen, daß sie der Regierung zum Ärger, die sie herbeigeholt und — ruiniert hat, Polen und Katholiken werden würden. Dies verkünden z. B. ganz offen die Ansiedler in Zabikowo, denen es im preußischen Paradiese sehr schlecht geht. Sie haben dies in der Versammlung, über die wir berichtet haben, sehr deutlich ausgesprochen. Aus diesem Grunde hatte der dortige Pastor am Donnerstage eine Protestversammlung einberufen, deren Verlauf sehr stürmisch war.

Wenn man dieses Ereignis und das dreiste Vorgehen des Bauernbundes der Ansiedler in Betracht zieht, dann kann man ganz bestimmt behaupten, daß nach einigen Jahren, wenn die Ansiedler immer größere Abgaben werden zahlen müssen und ihre Abhängigkeit größer geworden sein wird, die Regierung mit ihrem Schoßkindchen großen Kummer haben wird. Gegenwärtig täuschen die regierenden Kreise sich selbst und die öffentliche Meinung, aber die Täuschung wird nicht lange anhalten.

Was uns betrifft, so können wir uns über eine derartige Wendung der Dinge nur freuen. Die Sorgen, die ihr die Ansiedler machen, mögen der Regierung ein Entgelt für das dem polnischen Volke zugefügte Unrecht sein, das die Ansiedelungskommission aus sehr vielen Gütern verdrängt hat.

Aus Nr. 265 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 19. November 1910:

Achtung bei der diesjährigen Volkszählung.

Bekanntlich findet am 1. Dezember d. J. im ganzen Deutschen Reiche eine Volkszählung statt. Solche Volkszählungen werden bei uns alle 5 Jahre vorgenommen. Diese auf eine solche Art gewonnene Statistik unterrichtet die Leiter des Staates darüber, ob die Bevölkerung desselben sich verringert hat oder gewachsen ist. Sie bietet eine Zusammenstellung der Zahl der einzelnen dem Staate einverleibten Nationalitäten, welchem Religionsbekenntnis seine Bevölkerung angehört usw. Auf Grund dieser Angaben werden die Grundsätze der Staatspolitik sowohl der innern als auch der äußern aufgestellt.

Es ist bereits einem jeden von uns, der polnische Zeitungen liest, bekannt, daß das Bestreben der innern preußischen Politik die staatliche Assimilation ist, d. h. die Einverleibung der schwächeren Nationalitäten in das deutsche Element, oder um noch deutlicher zu werden, die Verdeutschung aller Polen, Dänen, Litauer und Franzosen.

Es ist eine aus dem alltäglichen Leben bekannte Sache, daß die Welt nur mit den Starken und Mächtigen rechnet. Die Schwachen beseitigt die Natur selbst, indem sie sie zum Tode verurteilt. So geschieht es auch in manchen Staaten, unter andern in Preußen, das darnach strebt, sich hinsichtlich der Religion und der Sprache eine einheitliche Bevölkerung zu schaffen; es wünscht, daß nur eine Nationalität, nämlich die deutsche, und nur eine Konfession, nämlich die protestantische, vertreten sein soll.

Eine solche Anschauung kollidiert allerdings mit den neuzeitigen humanitären Ansichten, aber in Preußen hat man in der Politik schon längst den Grundsatz fallen gelassen: „Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem andern zu."

Die Politik der Macht, die heute in Preußen triumphiert, will bei der Volkszählung einen Stützpunkt für ihre Begründung finden, daß sie gut ist und einzig auf die Kräftigung des Reiches hinzielt, und daß sie ihm eine vorteilhafte Zukunft sichern will.

Die preußische antipolnische Politik erstrebt also durchaus unsere zahlenmäßige Verringerung. Sie hilft sich zunächst auf die Weise, daß sie uns in Polen, Masuren und Kaschuben teilt, wenn wir auch alle die polnische Sprache als Muttersprache anerkennen, also Polen sind. Wer dieser Behauptung widersprechen wollte, dürfte auch die Kujawier und Paluken nicht als Polen ansehen. Dies wäre ebenso lächerlich, als wenn jemand behaupten wollte, daß die Bayern, Preußen, Württemberger und Sachsen nicht Deutsche sind, weil sie sich in ihren Dialekten unterscheiden, weil sie sich manchmal in deutscher Sprache nicht verständigen können, was es bei uns wiederum nicht gibt, denn der Großpole versteht den Masuren aus der Gegend von Ortelsburg ebenso gut wie den Kaschuben aus der Gegend von Putzig. Aber die entnationalisierende preußische Politik gebraucht für ihre Zwecke durchaus Vorwände, um nur die Zahl der ihr unerträglichen Polen vermindern zu können.

Man bietet hier andern Nationalitäten nicht die Möglichkeit, sich zu entwickeln, ja man würgt sie sogar durch das Gesetz zum Vorteil der Deutschen. Das nennen die Preußen Staatsraison, denn sie sind der Ansicht, daß Preußen bezw. Deutschland erst dann eine gesicherte staatliche Existenz und Zukunft haben wird, wenn in der Monarchie alle die deutsche Sprache als ihre Muttersprache anerkennen werden.

Und alles das, was wir vorstehend erwähnt haben, genügt dem preußischen System noch nicht, die Zahl der Polen zu verringern. Man hat sich in Preußen noch irgend ein menschliches Geschöpf ohne Nationalität ausgedacht, die sogenannten zweisprachigen Leute.

Es ist dies schon mehr als eine Jagd auf die Dummen, denn jener kann nicht Pole sein, der behaupten wollte, daß neben der polnischen auch die deutsche Sprache seine Muttersprache ist. Solche Leute werden schon zu den Deutschen gezählt, und solche durch das preußische System verdummten Elemente sollen den Beweis dafür bilden, daß in Preußen die hakatistische Politik die einzig richtige ist, weil sie die Polen verdeutscht, also ihre Zahl verringert, was wiederum angeblich im Interesse Preußens liegt. Die Bevölkerung werden überwiegend Deutsche zählen, Lehrer und andere preußische Beamte. Diese kennen alle die vorstehend erwähnten Bestrebungen des preußischen Systems. Man muß also eifrig darauf achten, daß in der Rubrik für die Nationalität bei den Polen ausdrücklich geschrieben wird: „Polnisch". Viele füllen die Formulare selbst aus, aber viele überlassen dies auch den Beamten. Hierin liegt also die Gefahr.

Man muß solche Leute aufklären, damit man sie nicht zu den Zweisprachigen rechnet, sondern ihre Nationalität einzig als „polnische" bezeichnet und zwar durch Eintragung des Wortes „polnisch" in die betreffende Rubrik. Möge der Nachbar dem Nachbarn hierbei behilflich sein, sei es durch Rat oder durch Tat, und zwar durch Ausfüllung des betreffenden Formulars, das die Beamten vorher in den Häusern verteilen, denn wenn die Volkszählung eine Verminderung der Polen ergeben würde, dann würden die Hakatisten die Oberhand haben. Sie werden darauf bestehen, daß die Regierung ihrem Rate folgt; denn nur durch Bedrückung der Polen könne man das Ziel erreichen, nach welchem sie unaufhörlich streben. Dagegen muß eine erhöhte Zahl von Polen die maßgebenden Kreise davon überzeugen, daß die Politik unserer Ausrottung zwecklos ist, weil unsere Zahl, anstatt zurückzugehen, immer mehr wächst.

Die diesjährige Volkszählung ist also für uns sehr wichtig. Seien wir also bemüht, bei der Volkszählung unser nationales Interesse wahrzunehmen. Möge also jeder seine nationale Pflicht nicht nur sich selbst gegenüber erfüllen, sondern auch gegenüber den eigenen Landsleuten, indem er ihnen bei der Ausfüllung der in Frage kommenden Formulare behilflich ist.

Aus Nr. 22 des Kupiec (Posen) vom 16. November 1910:

Die Kaufleute und Handwerker und die kommende Volkszählung.

Gerade unserer Gesamtheit sollte daran gelegen sein, daß die diesjährige Volkszählung in den polnischen Landesteilen möglichst genau ausgeübt wird, daß sie den hier herrschenden nationalen Verhältnissen voll und ganz entspricht. Die Genauigkeit des Bildes wird vorwiegend von den die Zählung ausübenden Personen abhängen; unter ihnen werden insbesondere vertreten sein die verschiedensten Beamten, vor allem aber die Volksschullehrer. Es kann daher vorkommen, daß diese Personen ihre Aufgabe in hakatistischem Geiste auffassen und die weniger aufgeklärte polnische Bevölkerung auf ihre Fragen hinsichtlich des für uns wichtigsten Teiles der Zählung verwirren werden. In früheren Jahren ist es vorgekommen, daß der Beamte aus einer polnischen Familie, wenn auch keine deutsche, so doch eine utraquistische gemacht hat. Infolgedessen war das Resultat der Zählung in einem für die Polen ungünstigen Sinne ausgefallen. Es ist auch vorgekommen, daß die nicht zeitig genug über die Zählung belehrte polnische Bevölkerung aus Furcht vor den für sie möglichenfalls ungünstigen Folgen überhaupt keine Antworten geben wollte und dem Zähler freies Handeln überließ. Häufig wurden zu unserem Nachteile falsche Eintragungen gemacht, während andererseits aber kein Deutscher als Pole eingetragen wurde. Wir sind den Deutschen gegenüber insofern im Nachteile, als die für die Zählung bestimmten Papiere in deutscher Sprache gedruckt sind.

Aus dem allen geht hervor, daß sich unsere Landsleute, vor allem aber die Kaufleute und Handwerker, die zur Zählung aufgefordert werden, der kleinen Mühe nicht entziehen dürfen. Im Gegenteil, wir sollten uns unaufgefordert zur Übernahme dieses bürgerlichen Amtes melden und andere Personen, die sich dazu eignen, dazu anregen.

Die Bedachtsamkeit gebietet uns sogar, noch etwas weiter zu gehen und Organisationen zu schaffen, die durch ihre Vertrauensmänner in jedes von Polen bewohnte Haus und in jede polnische Familie Eingang suchen, die Zählkarten ausfüllen und die ausgefüllten kontrollieren sollten.

Mit einem Worte: die kommende Volkszählung sollte unsere ganze Gesamtheit, insbesondere sollten dies unsere Kaufleute und Handwerker als etwas sehr wichtiges ansehen. Verschiedene Umstände sprechen dafür, vor allem aber tut solches der Gedanke an das Maulkorbgesetz. Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf die Stadt Posen. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn wir bei der Volkszählung unsere Pflicht in vollem Maße erfüllen werden, es sich zeigen wird, daß unsere Hauptstadt gegen 70% Polen aufweist.

Aus Nr. 22 des Kupiec (Posen)
vom 16. November 1910:

Korrespondieren wir mit deutschen Firmen polnisch!

In der Sprache, in welcher der Käufer zum Kaufmann spricht, sollte der Kaufmann auch antworten; er selbst sollte aber als Abnehmer großer Firmen oder Fabriken verlangen, daß seine Muttersprache geachtet wird. Kaufleute, die das nicht verlangen, sind schuld daran, daß manche deutsche oder jüdische Firmen die polnische Sprache und die Polen selbst geringschätzig behandeln.

Nicht nur in der Korrespondenz, sondern auch in der Unterhaltung mit den Reisenden großer Firmen und Fabriken muß man sich der Muttersprache bedienen. Mögen sich diese Firmen um polnische Korrespondenten, Reisende und Agenten bemühen. Wenn man so verfahren wird, dann werden viele Polen gute Stellungen bekommen, sie können alsdann in etlichen Jahren ein bedeutendes Kapital ersparen und so in unserem Kaufmannsstande eine wichtige Stellung einnehmen.

Diese Angelegenheit eignet sich auch sehr zur Besprechung in unseren Vereinen. Es handelt sich hier um das Ansehen unserer Kaufmannschaft und zugleich auch um die Zukunft unserer kaufmännischen Jugend.

Aus Nr. 22 des Kupiec (Posen)
vom 16. November 1910:

Eine allgemeine Zusammenkunft der Kaufleute.

Seit einigen Jahren macht sich unter den Kaufleuten eine lebhafte Organisationsregung bemerkbar. In nicht allzulanger Zeit sind vier Verbände entstanden: der Verband selbständiger Kaufleute, die Vereinigung junger Kaufleute, der Verband reisender Kaufleute und der Verband der Fabrikanten, dem Verbande der Kaufleute verwandt. Jeder dieser Verbände hat seine besonderen Interessen, über die er in seinen Sitzungen beratschlagt; aber alle Verbände haben eine gewisse Gemeinsamkeit bei der Wahrung ihrer Interessen. Den selbständigen Kaufleuten kann die Organisation der jungen Kaufleute nicht gleichgültig sein. Die Hebung des intellektuellen Gesichtskreises der Jugend verlangt das Interesse der selbständigen Kaufleute. Die kaufmännische Jugend wiederum verdankt der Organisation ihrer Prinzipale die Gründung der kaufmännischen Bruderhilfe. Der Verband der reisenden Kaufleute benötigt in so mancher Sache die Unterstützung der selbständigen Kaufleute und kann sich diesen für die erfahrene Unterstützung auf mancherlei Weise dankbar erweisen. Für den Fabrikantenverband wird eine Verbindung mit dem kaufmännischen Verband ebenfalls von Vorteil sein. Alle vier Verbände sollten als verwandte Organisationen die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses erkennen, der sich am besten alljährlich durch eine allgemeine Zusammenkunft von Delegierten aller dieser Verbände dartun ließe. Eine solche Zusammenkunft können wir als eine allgemeine kaufmännische Versammlung bezeichnen, deren Einberufung wir im nächsten Jahre den Vorständen der genannten Verbände empfehlen. Die Delegierten jeder der vier Organisationen sollten in der allgemeinen kaufmännischen Versammlung insbesondere solche Sachen besprechen, die eine gemeinsame Beratung erforderlich erscheinen lassen. Die einzelnen Verbände sollten schon etliche Monate vor der Versammlung solche Beratungen vorbereiten. Deshalb schlagen wir vor, daß sich die Vorstände der Verbände jetzt schon über die Veranstaltung einer allgemeinen kaufmännischen Versammlung verständigen möchten, die so imposant sein sollte, wie der Genossenschaftstag der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, wie die Generalversammlung der landwirtschaftlichen Vereine und ähnliche Zusammenkünfte.

Wir eröffnen über diese Angelegenheit die Diskussion in den Spalten unseres Blattes.

Es wird insbesondere die Besprechung der nachstehenden Fragen anempfohlen:

Wann und wo soll diese Zusammenkunft stattfinden?

Über welche Sachen soll in der Zusammenkunft beraten werden?

Wieviel Delegierte sollte jeder Verband entsenden?

Aus Nr. 22 des Kupiec (Posen)
vom 16. November 1910:

Unter der Spitzmarke „Achten wir uns selbst" schreibt der „Kupiec" u. a. folgendes:

Wenn wir unsere Verhältnisse im Großherzogtum berücksichtigen, müssen wir einen Unterschied machen zwischen den polnischen und deutsch-jüdischen Kaufleuten, denn infolge des bestehenden Antagonismus unterscheiden sich die Interessen der einen Kategorie von denen der anderen.

Wenn es sich um lokale Angelegenheiten handelt: um die Festsetzung von Preisen, Verlegung von Wochen- und Jahrmärkten, um die Ausschaltung von Weihnachtsgeschenken usw., dann werden die fremden Kaufleute eine Verständigung mit den polnischen herbeizuführen suchen. Es ist somit eine Schande, wenn wir unsere nationale Würde nicht achten, den deutschen Vereinen beitreten und daselbst in den Versammlungen wegen etlichen jüdischen Kaufleuten deutsch verhandeln. Wir bilden doch gerade im Großherzogtum im Handel und Gewerbe die Mehrheit, mit der die fremden Elemente rechnen sollten. Wir benötigen des Zusammenhaltens, wir müssen uns im polnischen Verbande vereinigen!

Wir verstehen es, das kaufende Publikum zu kritisieren und ihm den Mangel des Verständnisses für die nationale Sache vorzuwerfen, wir selbst aber halten es nicht für nötig, uns unter den polnischen Fahnen zu vereinigen und der polnischen Sache aufrichtig zu dienen. Die Arbeiter haben es schon längst verstanden, daß in den deutschen Berufsverbänden für sie kein Platz ist; sie haben deshalb eine Berufskorperation geschaffen, die jedem imponieren muß. Sollten denn wir Kaufleute, die städtische Intelligenz, es nicht verstehen, die grundsätzliche Wahrheit zu begreifen, die das Proletariat schon seit langem begriffen und in die Tat umgesetzt hat?

Die deutsche Minderheit müßte eher Schutz unter den Flügeln des polnischen Vereins suchen, nicht umgekehrt darf es sein, denn unsere nationale Würde und unser persönliches Interesse leiden unter einer solchen unterwürfigen Nachgiebigkeit.

Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl, fordern zum Austritt aus den gemischten Vereinen auf und empfehlen den Zusammenschluß in den eigenen Vereinen. Möge der polnische Kaufmann die Einladungen des deutschen Verbandes zu den Versammlungen ignorieren, denn diese sind der Ort der Erniedrigung für unsere Kaufmannschaft. Schließen wir uns zusammen in unseren eigenen Berufsvereinen, und wenn irgend eine Sache eine Verständigung mit der fremden Kaufmann-

schaft erheischen wird, dann wird das entsprechendste Mittel dazu sein, die Einberufung einer besonderen Versammlung, zu der eventuell der Vorstand des deutschen Vereins eingeladen werden kann. Ein solches Verfahren wird der Würde der polnischen Kaufmannschaft entsprechen.

Aus Nr. 264 des Dziennik Poznański (Posen) vom 18. November 1910:

Ein Brief an die Redaktion. Aus Westpreußen.

An der letzten Generalversammlung des Ostmarkenvereins, die vor einigen Tagen in Berlin stattfand, wählte man in den Hauptvorstand u. a. auch den Provinzialschulrat Dr. Kolbe aus Danzig. Diese Nachricht muß die Eltern, deren Söhne Staatsschulen, die unter der Oberaufsicht des Provinzialschulrats Dr. Kolbe stehen, sehr beunruhigen. Wird es dem Herrn Rat möglich sein, den Aufgaben, die ihm seine hervorragende Stellung im Ostmarkenverein auferlegt, gerecht zu werden, und gleichzeitig gegen die seinem Schutze anvertrauten Schüler polnischer Nationalität unparteiisch zu sein?

Polen, die auch die bescheidenste staatliche Stellung bekleiden, ist es nicht erlaubt, den polnischen Genossenschaften anzugehören und dort ihre Ersparnisse anzulegen. — Dem Provinzialschulrat dagegen ist es erlaubt, die Bestrebungen eines dem Polentum so feindlichen und dieses provozierenden Vereins zu unterstützen! Wo bleibt da die Gleichberechtigung? Ich hoffe, daß die polnische Landtagsfraktion bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Sache berühren und die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ungehörigkeit des doppelten Amtes des Herrn Schulrats lenken wird.

Aus Nr. 265 des Kurjer Poznański (Posen) vom 19. November 1910:

Kunowo im Kreise Mogilno verloren?

Wir erhalten die Nachricht, als ob das 300 Morgen große Vorwerk Kunowo bei Gembitz, Eigentum des Herrn Bartecki, in die Hände der Ansiedelungskommission — u. z. 670 ℳ für den Morgen — übergegangen sein soll. Wir fragten verschiedene Institutionen an, konnten aber keine Informationen betreffend Kunowo und Herrn Bartecki erhalten. Auf ein nach Kunowo abgesandtes Telegramm sind wir bis jetzt ohne Antwort geblieben. Angesichts dessen appellieren wir noch einmal an Herrn Bartecki, die Nachricht — soweit sie auf Unwahrheit beruht — zu widerrufen und die öffentliche Meinung zu beruhigen.

Aus Nr. 266 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 20. November 1910:

Die Stimme eines Arbeiters über den verstorbenen Prälaten Peter Wawrzyniak.

Alle Stände und Berufe, alle Schichten der polnischen Volksgesamtheit haben dem verstorbenen Prälaten Wawrzyniak gehuldigt, sei es durch Teilnahme an seinem Begräbnis, sei es durch Ansprachen und Beschreibungen in unserer Presse. Auch die redegewandtesten Kanzelredner haben seine Verdienste gepriesen. Möge es also auch mir, einem Arbeiter, gestattet sein, meine Huldigung, meine Hochachtung und meinen Kummer im Namen aller polnischen Arbeiter auszusprechen, denn auch die Geringsten von uns hat der verstorbene König der Arbeit nicht vergessen. Wir nennen Mickiewicz den König der Lieder, Chopin den König der Musik, Sienkiewicz den König der Erzählung. Den verstorbenen Prälaten Wawrzyniak müssen wir den König der Arbeit nennen, denn es gab keinen Beruf, keine Institution, in welcher er nicht gearbeitet hätte, deren Leiter oder Seele er nicht gewesen wäre. Es freute sich auch die ganze Nation über diesen von der Vorsehung gesandten Führer.

Es gab keine polnische Hütte, keinen Palast, in welchem man von dem Prälaten Wawrzyniak nicht mit Ehrerbietung gesprochen hätte. Deshalb traf auch alle die Nachricht von seinem Tode wie ein Blitzstrahl aus heiterm Himmel. Ich habe in meiner Jugend einst in einem Buche, auf dessen Titel ich mich nicht besinne, folgenden Vers gelesen:

> O polnisches Land, wenn jene Landsleute, die für dich zu Grunde gehn, sich an die Arbeit machen würden und je eine Handvoll Erde aus dem Vaterlande herbeitragen würden, dann hätten sie sich schon längst ein neues Polen errichtet.

Solche Worte muß auch der verstorbene Prälat Wawrzyniak gelesen haben, wenn er mit solcher bewundernswerter Ausdauer sein ganzes Leben hindurch gearbeitet hat. Alle hat er zu dieser Arbeit ermuntert, alle hat er in den Kampf der Arbeit geführt, und in diesem Kampfe hat er gesiegt. Und wie einst unser Kosciuszko bei Raclawice mit dem Schwerte das geliebte Land zu befreien strebte, bis Maciejowice kam und der große Führer fiel, so ist auch der verstorbene Prälat Wawrzyniak auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallen. Von der Arbeit und mitten in der Arbeit ist er von uns genommen worden, aber er hinterließ uns keinen Zweifel, sondern das Testament der Zukunft, das auf den Grundlagen der Arbeit beruht.

Deshalb, Brüder Arbeiter, nehmen wir uns ein Beispiel an diesem König der Arbeit, arbeiten und sparen wir, und arbeiten wir nicht für uns selbst, denn das ist nur die Arbeit der Egoisten, sondern arbeiten wir alle für alle, so wie es uns unser geliebter Führer, der verstorbene Prälat Wawrzyniak gelehrt hat. Möge unser Schmerz, den wir seinetwegen empfinden, uns nicht gleichgültig und unlustig machen, sondern möge der Schmerz mit der Hoffnung verbunden sein, daß uns Gott wieder einen wackern Führer senden wird, wie er den Israeliten nach Moses den Josua gesandt hat, damit er uns weiter zum Siege führt durch Arbeit, Nüchternheit und Sparsamkeit.

Und wir versprechen diesem geliebten Führer, daß wir neben unsern Brüdern treu zur Standarte der Arbeit für uns und für unsere Nation halten werden. Wir werden dadurch der Arbeit des verstorbenen Prälaten Wawrzyniak ein dauerndes Denkmal setzen, und sein Geist wird sich freuen, wenn die Söhne Polens sich durch ihre Arbeit unter den Nationen auf Erden eine Existenz erkämpfen werden.

Lassen wir uns in unseren Handlungen leiten von der Arbeit, Aufklärung, Sparsamkeit und außerdem von der Liebe aller Stände.

Ein kujawischer Arbeiter

Aus Nr. 8. des Przyjaciel Młodzieży (Ostrowo) vom 15. November 1910:

Novembergedenktag.

Jedes Volk hat in seiner Geschichte große Gedenktage, die es feiern müßte. — Und unser polnisches Volk hat ihrer vielleicht am meisten — sowohl freudige als auch traurige. Und nicht nur die freudigen Gedenktage, jene Tage der Siege und der Ehre, sondern auch die Tage der Niederlagen und des Ungemachs muß man im Gedächtnis behalten, denn sowohl die einen als auch die andern dienen uns für die Zukunft zur Lehre.

Den 29. November feiert ganz Polen weit und breit —, denn der Novemberaufstand im Jahre 1830/31 zeugt, obwohl er unglücklich endete, vielleicht ehrenvoller von der militärischen Tugend der polnischen Soldaten als sieghafte Kriege.

Klein nur war das polnische Heer, denn es zählte im Augenblick des Ausbruchs des Aufstandes 30 000 Mann —, aber mit dem heiligen Feuer der Vaterlandsliebe und mit dem Glauben an seine Kräfte wurde es berühmt durch seine Aufopferung, seine Tapferkeit und seinen ehrenvollen Mut, Eigenschaften, die die ganze Welt in Bewunderung setzten. Am 29. November 1830, abends brach in Warschau der Aufstand aus.

Auf ein von den Aufständischen gegebenes Zeichen zündete man mehrere Holzhäuser an, und das Volk stürmte in Massen das Arsenal. Die polnischen Soldaten vereinigten sich sofort mit dem Volke. Gleichzeitig überfiel eine Handvoll Fähnriche — oder Schüler der Kriegsschule — das Schloß Belvedere, in welchem der russische Großfürst Konstantin wohnte.

Diese tapferen Aufständischen töteten die russische Wache, fanden aber den Großfürsten Konstantin nicht, denn dieser verbarg sich in den Gemächern seiner Gemahlin unter der weiblichen Dienerschaft —, und als dem Fürsten russisches Militär zu Hilfe kam, flüchtete er mit diesem aus der Stadt. Die polnische Regierung erlaubte ihm — statt ihn in Gefangenschaft zu behalten —, nach Rußland zurückzukehren. Und das deswegen, weil die an der Spitze stehenden großen Herren und Generale sich der Hoffnung hingaben, daß man mit Zar Nikolaus werde Frieden schließen und von ihm die Anerkennung der unserem Volke gehörigen Rechte ohne Blutvergießen werde erlangen können.

Erst dann, als man erfuhr, daß russische Heere an der polnischen Grenze zusammengezogen wurden, ließ man den Gedanken an Unterhandlungen fallen.

Durch ihre Unfähigkeit haben sie die richtige Zeit verpaßt und den Russen gestattet, ihre Heere zu sammeln. Das polnische Heer schlug sich tapfer und vollbrachte Wunder der Tapferkeit, aber es hatte keine tüchtigen Führer. Denn der General Dąbrowski lebte nicht mehr, und der beste z. Z. lebende Führer, General Chłopicki glaubte nicht an das Gelingen der Sache — er glaubte nicht an den Sieg und handelte nachlässig — er berief z. B. nicht das ganze Volk zu den Waffen. Und doch kämpfte das kleine polnische Heer 8 Monate lang tapfer gegen die Russen. Bei Wawer und Dąb, bei Stoczek und Igania besiegten die Polen die Russen, bei Grochowo wurden letztere nach einer erbitterten Schlacht von Warschau zurückgedrängt.

Diese letzte Schlacht war die bedeutendste; in ihr bedeckte sich nämlich die Tapferkeit der polnischen Soldaten mit unsterblichem Ruhm. Heute ist Grochowo sozusagen eine Vorstadt von Warschau, das Erlenwäldchen ist ganz verschwunden. An der Stelle, wo auf den Feldern und im Gebüsch die Heere kämpften, erheben sich heute massive Gebäude und Fabriken; nur eine hohe eiserne Säule auf der Anhöhe zeugt davon, daß hier vor 80 Jahren ein hartnäckiger Kampf tobte. Und der Kampf war unerhört hartnäckig — man kämpfte um jeden Fuß Boden. — Besonders um das Erlenwäldchen tobte ein mörderisches Ringen. Das polnische Heer nahm dieses Wäldchen den Russen, die fortwährend frischen Zuzug erhielten, mehrmals fort. Chłopicki selbst führte eine Attacke gegen das Wäldchen. — Zum Unglück ist der General während der Schlacht verwundet worden und mußte sich entfernen. — Wenn dieses nicht gewesen wäre, dann hätte vielleicht das polnische Heer über die numerisch stärkeren Russen einen glänzenden Sieg davongetragen. —

Mit Verzweiflung im Herzen, mit unterdrückter Wut wichen die polnischen Soldaten vor dem Andrang der russischen Scharen — und im nächsten Augenblick gingen sie wieder in den Kampf und vertrieben den Feind aus dem Wäldchen.

In dieser Schlacht bedeckte sich das 4. polnische Regiment mit Ruhm. Die Taten dieser Soldaten — „die Vierten" genannt — besingt das Lied Tausend Tapfere*), welches wir oft bei nationalen Veranstaltungen singen.

„Der Welt bekannt ist das berühmte Erlenwäldchen,
Wo der Feind wie eine harte Mauer stand.
Tausend Rachen speien, ein schreckliches Morden beginnt.
Die Mauer ist gestürzt — doch kein Schuß fiel —
Unter der verbissenen Menge entstand eine schreckliche Verwirrung,
Das vierte Regiment kehrte ruhig nach Prag zurück."

„Kein Schuß fiel" — denn in einem Ansturm nahmen die tüchtigen „Vierten", ohne ihre Karabiner abzuschießen, mit Bajonetten das Wäldchen und vertrieben die Russen. —

Die Helden von Grochowo haben später noch so manches Mal Beweise ihrer Tapferkeit geliefert.

Während der Verteidigung Warschaus hat Oberst Ordon — nur um die Redoute oder eine kleine Festung nicht dem Feinde zu überlassen, dieselbe in die Luft gesprengt, unter den Trümmern die Seinen und auch die Russen begrabend. Ordon selbst blieb wie durch ein Wunder heil — nur sein Gesicht war durch das Pulver verbrannt. Diese Tat des tüchtigen Soldaten beschrieb in einem schönen Gedicht unser nationaler Dichter Adam Mickiewicz unter dem Titel: „Die Redoute Ordons".

„Solche Söhne hatte Polen, solche Führer die heilige Sache" und doch besiegten uns die Feinde. Im September 1831, nach der Übergabe Warschaus an die Russen, erlosch der Aufstand. Doch man besiegte uns durch unsere eigene Schuld, denn wir konnten nicht die Kraft hervorholen, die in dem Volke war. Und eine solche Kraft und der Glauben an eine bessere Zukunft leben im polnischen Volke, und keine Macht wird sie brechen, weder im Kampfe noch im Frieden. F. Bolewska.

Aus Nr. 260 des Lech (Gnesen) vom 16. November 1910:

Die Juden wollen Leutnants werden.

Es ist bekannt, daß beim preußischen Militär kein Jude Offizier wird, weder aktiver noch inaktiver. Die Juden haben Geld, sie brauchen Ehrungen und möchten auch die Epauletten tragen, die sie bis jetzt nicht bekommen. Die nach dieser Richtung hin unternommenen

*) Das Lied „Walecznych tysiąc" (Tausend Tapfere) ist gerichtlicherseits als aufreizend bezeichnet worden. Red. d. Ges.-Üb.

Bemühungen waren erfolglos, auch trotz des großen Einflusses, den das Judentum in Preußen besitzt. Die Hoffnung ist jedoch noch nicht aufgegeben worden. Am Sonntag fand in Berlin eine große Versammlung zweier großen jüdischen Organisationen statt: des Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und des Zentralverbandes der deutschen Juden, in welcher das Verhältnis der Juden zum Militär eingehend erörtert wurde.

Einer der jüdischen Redner, Professor Philippson, führte aus, daß die Nichtzulassung der Juden zum Offiziersstande eine Entehrung des jüdischen Glaubens sei. Zum Schlusse wurde eine Resolution angenommen, in der gegen den heutigen Stand der Sache protestiert und eine Änderung erstrebt wird.

Es muß zugegeben werden, daß die Ausschließung der Juden vom Offiziersstande der Konstitution widerspricht, andererseits wiederum würde ein Offizierkorps, in dem jeder dritte oder vierte Offizier krumme Beine oder eine „Adler"nase hätte, einen närrischen Eindruck machen. Denn es unterliegt keiner Frage, daß die Militärkarriere, wenn sie den Juden zugänglich gemacht werden würde, bald so verjuden würde wie die Gerichtskarriere. Für uns Polen ist es übrigens gleichgültig, ob es in der preußischen Armee Juden geben wird oder nicht. Aus praktischen Gründen aber würden wir es lieber sehen, daß sie unnütze Esser (Schmarotzer) würden und unseren Kaufleuten in den polnischen Landesteilen nicht das Brot abnähmen.

Aus Nr. 265 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 22. November 1910:

Nakel, den 20. November 1910.

Der Verein der jungen Industriellen entwickelt sich gut. Heute sind sieben neue Mitglieder hinzugetreten, so daß jetzt insgesamt 52 Mitglieder vorhanden sind. In der heutigen Versammlung waren 80 Personen anwesend, was einen Beweis für die Lebensfähigkeit des Vereins bildet.

Aus Nr. 265 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 22. November 1910:

Lobsens, den 20. November 1910.

Am letzten Sonntag, den 20. d. Mts., wurde im Saale der Volksbank ein Verein der Industriellen gegründet. Als Bezirksdelegierte waren erschienen die Herren Dr. Piskorski und J. Milchert aus Bromberg. Zum Vorsitzenden des neuen Vereins wurde Dr. L. Raczkowski aus Gorka gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden praktischer Arzt Dr. Domanski, zum Schriftführer Drogeriebesitzer T. Jungbluth, zum Schatzmeister Kaufmann Aleksiewicz, zu Beisitzern Grodowski und Sloninski, sämtlich aus Lobsens. Dem Verein sind sofort 30 Mitglieder beigetreten.

Aus Nr. 266 des Lech (Gnesen) vom 24. November 1910:

Eine schändliche Verspottung

der Losung „der Landsmann zum Landsmann" hat sich die Herrschaft Krauze in Janowitz zu schulden kommen lassen, indem sie die Ausstattung für ihre in die Ehe tretende Tochter bei Juden in Gnesen und in Berlin gekauft hat.

Es ist uns peinlich, daß wir gerade am Hochzeitstage hierüber schreiben müssen, aber ein solches Verhalten verdient keine mildernden Rücksichten. Die polnischen Kaufleute in Gnesen sind mit allen Kräften bemüht, allen Anforderungen des Publikums zu genügen, sie halten deshalb Waren in großer Auswahl und in großen Quantitäten auf Lager, damit ihnen die Waren verliegen und verderben, und die Polen, die zum Überfluß ihr Vermögen an den Landsleuten verdient haben, spotten über unsere Losungen und tragen das polnische Geld zu Fremden. Wir wundern uns nicht nur über die Herrschaft Krauze, sondern auch über den Bruder und den zukünftigen Gatten des Fräuleins, daß sie eine derartige Verhöhnung der nationalen Losung zugegeben haben.

Ebenso hat sich Herr Frackowiak aus Gnesen eine Mißachtung der Losung „der Landsmann zum Landsmann" zu schulden kommen lassen, der, trotzdem er das Geld zum Bau seines Hauses vom Domkapitel geliehen erhalten hat, die Baumaterialien von Fremden gekauft hat. Seinen Cynismus und seine Verhöhnung hat er so weit getrieben, daß er sogar die Getränke, mit welchen er die Gäste gelegentlich der Einweihung seines Hauses durch einen katholischen Priester bewirtete, von Fremden bezogen hat.

Schämen Sie sich, Herr Frackowiak!

Ebenso wenden wir uns an verschiedene Damen unserer Stadt, die grundsätzlich die Juden unterstützen, ihren Landsleuten aber keinen Pfennig zukommen lassen. Wenn diese unsere allgemein gehaltene Aufforderung keinen Erfolg haben wird, dann werden wir unsere Zuflucht zu einer anderen Methode nehmen, um das Übel auszurotten.

Aus Nr. 264 des Goniec Wielkopolski (Posen) vom 18. November 1910:

Traurige Verhältnisse in Wollstein.

In Wollstein passiert Schlimmes! Vor einem halben Jahre verkaufte der Sattler Kasimier Pietrowski sein Haus an einen Deutschen. Er brauchte das nicht zu tun, denn er hat an den Polen ein schönes Vermögen erworben und sitzt heut auf dem Geldsack. Dieser Herr geht heut noch in der Maciejowka *). Vor dem Verkauf hatte er niemandem etwas gesagt.

Ein zweiter Pole, Herr Stephan Ankiewicz, ein aus Obra stammender Gastwirt, verkaufte am 14. d. M. sein Gasthaus an einen Deutschen für 65 000 Mk., nachdem er vorher diesen Verkauf nur im hiesigen Kreisblatt annonciert hatte. Alle Überredungen von seiten einflußreicher Leute halfen nichts. Der Herr soll sich mit der Absicht tragen, ein Hotel in Wreschen zu kaufen.

Ein dritter Pole, Herr Borowicz, ein Kolonialwarenhändler, annonciert jetzt im Kreisblatt, er beabsichtige sein Haus zu verkaufen. Als Vermittler hat er den Juden Worgrositz angenommen. Gibt es denn keine polnischen Zeitungen? Diese Herren fügen der hiesigen polnischen Gesellschaft großes Unrecht zu. Erwünscht wäre es, wenn das unmittelbar der katholischen Kirche gegenüberliegende Haus ein Pole kaufte. Das Borowiczsche Haus eignet sich für jedes Unternehmen.

---

*) Eine polnische Mütze von eigentümlicher Form (Red. des Ges.-Überbl.).

Aus West-, Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 137 des Pielgrzym (Pelplin) vom 15. November 1910:

In dem Nachruf über den

Prälaten Wawrzyniak

schreibt der Pielgrzym u. a.:

Diese schwierige Aufgabe (die Erziehung des polnischen Volkes zum Selbstbewußtsein und zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit) hat Pfarrer Wawrzyniak sel. Anged. erfüllt, und mit welchem segensreichen und ersprießlichen Erfolge, das können wir hier in diesem Landesteil am besten beurteilen. Zu jeder Jahreszeit, bei Regenwetter, Kälte und Unwetter, hat der Verstorbene unsere mitunter weit entlegenen und vereinsamten Dörfer und Städtchen durcheilt, dort in der bergigen Kaschubei oder in der Wildnis der Tucheler Heide, um nicht nur neue Genossenschaften zu gründen, sondern auch jederzeit mit seinem klugen Rat und mit seiner erfolgreichen Hilfe zu dienen. Mancher Propst hat den geistlichen Patron aus Mogilno scheel angesehen, daß er gekommen ist, „den Frieden in der Parochie zu trüben", — jawohl, den Frieden gleich einer Kirchhofsstille. Dadurch hat sich der Verstorbene nicht abschrecken lassen, sondern er hat solche trüben Erfahrungen für gewöhnlich in Scherz umgewandelt.

Auf diese Weise sind bei uns nur im letzten Jahrfünft mehr als 20 Darlehnsgenossenschaften entstanden, so daß es scheinen könnte, als wenn sich der verstorbene Patron beeilt hätte, noch vor seinem Tode Westpreußen in Ordnung zu bringen und dort Vorräte aufzusammeln.

Daß Pfarrer Wawrzyniak sel. Anged. dadurch in der Folge in übergroßem Maße **auch zur Hebung des nationalen Geistes beigetragen hat, indem er das nationale Selbstbewußtsein und das Vertrauen an die eigene Kraft wachgerufen hat**, darüber braucht man nicht viel zu reden. Es ist nämlich aller großen Leute Eigenschaft, daß, obwohl sich ihre Arbeit scheinbar auf ein kurzes Ziel erstreckt, sie aber in ihren Folgen immer weitere und breitere Kreise schlägt.

Aus Nr. 138 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 17. November 1910:

Zu dem Artikel der Hamburger Nachrichten über die

Enteignung

schreibt die Gazeta Gdanska:

Das ist ungefähr der Inhalt jenes Artikels. Er liest sich so, als wenn ihn der ehemalige Reichskanzler von Bülow geschrieben hätte, um die neue Regierung zu scharfen Gesetzen gegen die Polen aufzumuntern. Der Artikelschreiber schwatzt auch davon, daß die Polen danach strebten, sich von Preußen loszureißen und ähnliche Sachen.

Was soll man auf ein derartiges Geschreibsel antworten? Uns scheint es, als wenn jener Artikelschreiber neidisch ist, daß die Polen infolge einer gewissen Milderung der antipolnischen Politik ruhiger geworden sind und auf die Deutschen nicht mehr soviel schimpfen als bisher. Er möchte also die einen mit den anderen verfeinden. Daß die Polen daran arbeiten, sich von Preußen loszureißen, ist ein Märchen. Wir werden froh sein, daß wir unsere Nationalität befestigen. Und daß ein Kampf mit den Polen geradezu eine Unvernunft ist, das gibt sogar der Verfasser zu, indem er behauptet, daß die Schicksalsschläge, welche die Polen zu bestehen gehabt hätten, sie nur im polnischen Geiste verjüngt hätten, so daß sie jetzt ihre polnische Kultur mehr liebten als bisher. Die scharfen antipolnischen Gesetze haben also ihr Ziel verfehlt.

Was dagegen die Enteignung anlangt, so ist es uns Polen gleichgültig, wer daran schuld ist, daß nicht enteignet wird, ob es Österreich ist oder nicht Österreich. Wir wünschen den Deutschen das Beste, mögen sie mit Österreich in Frieden leben. Aber unserer Meinung nach erweist den Deutschen derjenige ihrer Landsleute einen schlechten Dienst, der sie zur Enteignung drängt. Die Mehrheit der deutschen Nation verflucht zweifellos im Geiste die Stunde, zu der jenes Gesetz angenommen wurde. Es kann nämlich für die Zukunft Deutschlands so traurige Folgen haben, wie sie sich vorläufig gar nicht voraussehen lassen.

Dieses Gesetz strebt in seinem endgültigen Ziel mehr oder weniger dahin, die Liebe zum Stückchen Land zu vernichten, also das Wohl der Landwirtschaft zu untergraben. Wer weiß, ob nicht gar diejenigen Stützen erschüttert werden würden, auf denen die gegenwärtige Macht der preußischen Monarchie ruht, und gleichzeitig auch die Stützen anderer deutschen Monarchien. Denn die Liebe zum Stückchen Land ist gleichzeitig die Liebe zum ganzen Land, und wo die fehlt, da fehlt auch gleichzeitig die Anhänglichkeit zum König und zum Staat, die gegenwärtig in der deutschen Landbevölkerung besteht. Es wäre also am besten, wenn über die Enteignung weder gesprochen noch geschrieben würde.

Aus Nr. 138 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 17. November 1910:

Den Wahlbezirk Marienwerder—Stuhm könnte man dem Regierungsfreund abnehmen, wenn sich zu seiner Eroberung die Polen mit den Zentrumsparteilern die Hand reichten. So schreibt die katholische Kölnische Volkszeitung in Köln.

Das wäre wohl wahr — wenn unsere Zentrumsleute in Westpreußen andere Leute und das Westpreußische Volksblatt vernünftiger wäre. Wir werden daran nicht schuld sein, wenn bei den kommenden Wahlen die Regierungsparteiler diesen Wahlkreis wiederum erobern werden.

Aus Nr. 139 des Pielgrzym (Pelplin) vom 19. November 1910:

Die am 10. November in **Dirschau** abgehaltene

Zentrumsversammlung

veranlaßt den Pielgrzym zu folgenden Auslassungen:

Dabei hat Graf Praschma aber auch uns Polen angegriffen, indem er die bekannte Verdächtigung aussprach, daß wir uns vom Deutschen Reiche losreißen wollten. Darauf erwidern wir: Wir Polen erfüllen alle unsere Pflichten, welche die Verfassung uns auferlegt — aber trotzdem stehen wir außerhalb des Gesetzes, und es werden fortwährend neue Ausnahmegesetze gegen uns beschlossen. Niemand von uns denkt daran, sich mit Gewalt von der Obrigkeit zu befreien, wenn auch nur deshalb, weil uns schon der Verstand selbst sagt, daß wir der bewaffneten deutschen Macht wehrlos gegenüberstehen. Das weiß man schließlich auch in Berlin sehr gut, ebenso wie es Graf Praschma weiß. **Wir fühlen uns also notgedrungen als Untertanen des Deutschen Reiches**, wir sind aber hundert-

mal sicherer als die Sozialdemokraten, die mit den Liberalen paktieren; auch das ist in Berlin bekannt. Eine Liebe zu diesem Regime kann wohl weder die Regierung noch Graf Praschma von uns verlangen, denn wir haben von dieser Regierung schon genug ihres großen „Wohlwollens" erfahren.

Wir streben einzig und allein zur Erkämpfung derjenigen Rechte und Freiheiten, die uns von den preußischen Königen gewährleistet worden sind, und die uns zuletzt sogar Kaiser Wilhelm II. in Marienburg zuerkannt hat.

Die Gefühle herzlicher Liebe zu **Polen, unserem Vaterlande,** wird uns wohl niemand verwehren können, denn das ist von Gottes Fügung abhängig, und wie wir schon betont haben: wir denken nicht daran, die Erfüllung dieser Hoffnungen mit Gewalt zu erkämpfen. Daß aber die wirkliche Ursache unserer Verfolgung wo anders zu suchen ist, das weiß Graf Praschma sowohl wie es die deutsche Regierung weiß.

Aus Nr. 138 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 22. November 1910:

Lehren wir die Kinder polnisch lesen und schreiben

überschreibt sich ein Artikel der „Gazeta Olsztynska", in dem es u. a. heißt:

Brüder und Landsleute! Verteidigen wir die Sprache und den Glauben der Väter gegen fremde Ankömmlinge. Wenn unsere Väter aus den Gräbern steigen und sehen würden, wie ihre Söhnchen „fajn" wie Papageien in einer fremden Sprache plappern, da würde mancher vielleicht nach dem Stock greifen, um den Grünschnabeln das Fell etwas zu vergerben. Es ist aber gut, daß sie nicht wissen, was heute in unserem polnischen Ermland geschieht, denn mancher von ihnen, der die polnische Sprache liebt, würde vielleicht keine Ruhe haben, wenn er sehen würde, wie sich seine Enkel ihrer Muttersprache schämen.

Ältere und jüngere Brüder! Es genügt nicht, wenn dieser oder jener überall und offen als polnischer Ermländer auftritt; die heutigen Zeiten sind so schwer, daß wir alle daran arbeiten müssen, daß Polnisch-Ermland polnisch bleibt. Schon seit Jahrzehnten beklagen sich die aufgeklärten Ermländer darüber, daß das Deutschtum immer mehr in die polnischen Familien eindringt; viele Auswüchse verkaufen ihre Sprache und Nationalität für Judasgroschen. Obwohl sie häufig wie Papageien deutsch plappern, schämen sie sich doch ihrer polnischen Muttersprache, weil ihnen irgend ein Dummkopf eingeredet hat, daß ein deutscher Schnabel mehr wert ist wie ein polnischer. Gegen dieses eindringende Deutschtum müssen wir unsere polnische Sprache verteidigen. Nur darüber klagen, daß es mit dem Polentüm in Ermland schlecht steht, kann jeder Schwachkopf. Aber das Klagen allein genügt nicht. In unseren schwierigen Verhältnissen sind vor allen Dingen Taten und Arbeit an der Aufklärung des ermländischen Volkes erforderlich.

Und wie sollen wir es durch Taten beweisen, daß wir ermländische Polen sind und an der Erhaltung der polnischen Sprache im Ermland arbeiten wollen? Da ist zunächst die wichtigste Sache, daß unsere Kinder polnisch bleiben. Die Kinder müssen also polnischen Lese- und Schreibunterricht erhalten. Das dürfen weder Vater noch Mutter vergessen. Am besten ist es mit dem Lesen von Gebeten und Liedern zu beginnen, welche die Kinder, weil sie ihnen am meisten bekannt sind, am liebsten lesen. Dann, wenn die Kinder schon zur Not lesen können, kann man ihnen eine Zeitung in die Hand geben; aber auch aus der Zeitung müssen zuerst solche Sachen ausgesucht werden, welche die Kinder am meisten interessieren, also Mitteilungen darüber, ob sich jemand umgebracht, ertrunken, erhängt, verletzt usw. hat. Dann müssen die Kinder lernen, schwierigere Sachen zu lesen, und dazu kann man ihnen sowohl Zeitungen wie auch Bücher geben.

Aus Nr. 138 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein) vom 22. November 1910:

Allenstein, den 21. November 1910.

Ein „Zentrumsblatt" hat die hakatistische und lutherische „Königsberger Hart. Ztg." unser Blatt geheißen, und zwar infolge der Kritik der „Plaudereien des Hänschen". Das hiesige zentrumsparteiliche „Volksblatt" ist aus diesem Grunde auf jene Hakatistin sehr entrüstet und enthüllt seinen Lesern das große und bekannte Geheimnis, daß die „Gazeta Olsztynska" nicht nur kein Zentrumsblatt, sondern geradezu ein Feind der Zentrumsleute ist. Die „Plaudereien des Hänschen" nennt das „Volksblatt" leere antilutherische Artikel, obwohl sie, wie unseren Lesern bekannt, die Zurückweisung schwerer durch den lutherischen „Pruski Przyjacial" gegen die katholische Religion erhobener Beleidigungen und Vorwürfe sind. Der neue Schreiber des „Volksblatts" muß offenbar einen sehr leeren Kopf haben, wenn er als Katholik die katholische Sache und ihre Verteidigung gegen Angriffe des Feindes als eine leere Sache auffaßt. Das „Volksblatt" ist gewiß der Meinung, daß eine Verteidigung katholischer Angelegenheiten nur dann etwas wert sein kann, wenn sie aus der Genossenschaftsschmiede des „Volksblatts" kommt. Wenn das der Fall ist, dann können wir dem Schreiber jenes Blattes nur versichern, daß er in Sachen des Verdienstes um die Verteidigung und **Verbreitung des Katholizismus** nicht würdig ist, dem Hänschen aus der Kozionkier Gegend die Schuhriemen zu lösen. Daß die „Gazeta Olsztynska" ein aufrichtiges polnisches und katholisches Blatt ist, und kein Zentrumsblatt, das weiß jedes Kind in Ermland und außerhalb seiner Grenzen — aber jeder aufgeklärte Pole weiß auch, daß die zentrumsparteilichen Katholiken gegebenenfalls lieber den größten Feinden der Kirche die Hand reichen möchten als den polnischen Katholiken zum Siege zu verhelfen, wie sie es neulich bei den Stadtverordnetenwahlen in Herne getan haben. Für ein derartiges Verhalten wird den Zentrumsleuten wohl irgend etwas aus der Staatskrippe zufallen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 267 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 20. November 1910:

Versammlung der Vertrauensmänner des Katolik, des Gornoślązak und des Polak

Gestern brachten wir den Beschluß der Vertrauensmännerversammlung, die unter Beteiligung von 500 Bürgern am Mittwoch stattfand.

Heute geben wir verschiedene Einzelheiten aus der Versammlung, vor allem aber den Inhalt der Reden der Abgeordneten Napieralski und Korfanty wieder.

Rede des Abgeordneten Napieralski:

Manche Leute sagen, die Versöhnung der Abgeordneten Korfanty und Napieralski, die Verschmelzung des Polak sei etwas Ungewöhnliches. Habe doch unter ihnen seit Jahren ein heftiger Kampf getobt. Hätten doch beide gegen einander schwere Vorwürfe erhoben.

Ich gebe zu, daß, wer diese Versöhnung von dem engherzigen Standpunkte persönlichen, politischen und kaufmännischen Wettbewerbs aus betrachtet, sich wundern kann. Aber es gibt noch einen andern Gesichtspunkt. Beide Abgeordnete waren zwar Konkurrenten, sie sind aber zugleich auch Bürger der Volksgesamtheit, Bürger in hervorragenden Stellungen, und darum desto mehr verpflichtet, mit ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der ihnen gleich teuren öffentlichen Sache zu rechnen.

Die Gebrechen der menschlichen Natur können auch den Redakteuren den Blick auf die Hauptsache, der sie dienen, verdunkeln. Die menschlichen Leidenschaften können sie von dem durch das öffentliche Wohl gemeinsamen Wege verdrängen; wenn sie aber den aufrichtigen und redlichen Willen haben, ihrer allgemeinen Volksgesamtheit wirklich und in erster Linie zu dienen, wird auch für sie der Augenblick kommen, in welchem die Bürgerpflicht sie über die menschlichen Gebrechen erheben, die Leidenschaft durch das Feuer der Liebe zur Nation sich aufzehren und bewirken wird, daß ihr persönliches Interesse in den Schatten zurücktreten und die Sache des öffentlichen Wohls in ihren Augen mit sonnigem Glanze leuchten wird, der den klaren und geraden Weg der Pflicht gegen die gute Sache erhellt, der Weg, auf dem sich alle persönlichen Absichten und ehrgeizigen Pläne dem Wohl der Volksgesamtheit unterordnen müssen.

Ein solcher Augenblick einer stärkeren Verschärfung des Auges, des Herzens und Gewissens hinsichtlich der Pflicht ist über uns Redakteure, die wir hier vor euch stehen, gekommen. Er ist gekommen und, Gott sei es gedankt, nicht wirkungslos vorübergegangen. Das Wohl des katholischen polnischen Volks in Schlesien, dem wir beide treu dienen wollen, hat uns zur Versöhnung geführt.

Doch ist der Schein gegen uns; es erheben sich Stimmen, besonders in Posener Blättern, daß es unmöglich sei, solche Gegensätze zu versöhnen. Es gibt Leute, die in der Versöhnung Beweggründe niedriger Art, sogar eines Gegensatzes gegen die Grundsätze und Überzeugungen des Abgeordneten Korfanty erblicken.

Ich bin anderer Ansicht und werde dies offen und aufrichtig darlegen.

Die Arbeit an der Sache des polnischen Volks in Schlesien vollzieht sich praktisch auf vier Gebieten des öffentlichen Lebens, und zwar auf dem politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebiete. Diese vier Gebiete, die das Ganze unseres Lebens darstellen, sind die Werkstätte, in welcher wir Redakteure arbeiten. Wenn wir in ihr gemeinsam arbeiten sollen, müssen wir prüfen, ob in uns selbst, in unseren Anschauungen Punkte vorhanden sind, welche ein gemeinsames Wirken ermöglichen.

Dies alles mußten wir, bevor wir uns die Hand reichten, gründlich besprechen. Und was wir besprochen haben, will ich auch in den Hauptpunkten in folgendem mitteilen.

1. In politischer Hinsicht sind wir der einen Ansicht, daß das nationale Interesse des polnischen Volks verlangt, daß das Volk in der polnischen Fraktion seine eigentliche und natürliche Vertreterschaft erblicke. Somit bildet es weder für den Abgeordneten Korfanty, noch für mich eine Schwierigkeit hier zu erklären, daß wir ständig und treu unter der Losung und der politischen Fahne der polnischen Fraktion arbeiten und kämpfen werden.

2. In sozialer Beziehung waren wir beide längst und sind wir heut der Ansicht, es müsse alles getan werden, soweit unsere Kräfte reichen, daß sich das Dasein des arbeitenden Volks ständig verbessere. Die bessere Zukunft der Arbeiter hängt von ihrer Organisation ab; durch die Organisation werden die Arbeiter größere Aufklärung gewinnen, sich eine größere Freiheit erkämpfen und werden sich die Erwerbsverhältnisse bessern. Die für die polnischen Arbeiter vorgesehene Organisation ist die polnische Berufsvereinigung, die kräftig zu unterstützen, auszubreiten und zu vervollkommnen wir beide mit dem Abgeordneten Korfanty wünschen und versprechen.

3. Auf wirtschaftlichem Gebiete gab es unter uns keine Meinungsverschiedenheiten. Wir beide unterstützten in gleicher Weise alle Organisationen, sei es, daß sie der Organisierung eines billigeren Kredits für das Volk gewidmet sind, sei es, daß sie im Handwerk, in der Industrie, im Handel die Vergrößerung der wirtschaftlichen Kraft unserer Volksgesamtheit bezwecken. Alle diese Bestrebungen werden wir auch weiterhin einmütig und kräftig unterstützen.

4. Auch das Gebiet der kulturellen Arbeit war bisher nicht zersplittert. Wir waren und sind uns darin einig, daß die Aufklärung mit allen sittlich und gesetzlich erlaubten Mitteln zu fördern ist, also durch Zeitungen, Broschüren, Bücher, durch Unterstützung der für Aufklärungszwecke bestimmten Vereine, wie der Volksbüchereien, Gesangvereine usw.

In diesen vier Punkten können und werden unsere Arbeiten und Bestrebungen von jetzt ab gemeinsam und einheitlich sein. Keiner von uns brauchte etwas von seinen Anschauungen über diese Dinge aufzugeben. Der Weg ist für uns beide gerade und klar.

Wie wir über unsere inneren Angelegenheiten denken und uns ihrer annehmen sollen, darüber ist eine Verständigung ohne Schwierigkeiten erzielt worden.

Aber wir Polen leben hier in Schlesien nicht allein. Ihr wißt sehr wohl, daß neben uns andere politische Parteien bestehen. Wir mußten uns daher beide gegenseitig aussprechen und verständigen, welchen Standpunkt wir zu diesen Pateien einnehmen werden.

Wir sind uns darin einig, daß wir zwei Parteien ständig und tatkräftig auf Schritt und Tritt bekämpfen müssen. Das sind die Parteien der Sozialdemokraten und Hakatisten. Ich nenne sie beide zugleich, weil sie beide uns Polen gegenüber gleich verderbliche Absichten haben. Die Sozialdemokraten wollen in uns den Glauben und die Nationalität vernichten, und die Hakatisten scheinbar zwar nur die Nationalität, in Wirklichkeit aber kommt dies dem Schwinden des Glaubens gleich, denn unsere Erfahrung lehrt, daß, wer sich vom Polentum losgesagt hat, sehr leicht dem katholischen Glauben untreu wird. Wir wollen uns dieser beiden Schätze nicht entledigen. Wir wollen Gott treu sein, wenn wir aber Gott Treue bewahren wollen, müssen wir das treu bewahren, was uns durch Gottes Willen zuteil geworden ist: unser polnisches Herz, unsere Sprache, unsere Nationalität.

Mit Wehmut muß ich hier hinzufügen, daß ich unter die Hakatisten auch solche Geistliche rechne, wie die Pfarrer Rassek und Feja, die anläßlich unserer Versöhnung Artikel veröffentlicht haben, in denen sie alle Deutschen ohne Unterschied des Glaubens und Standes auffordern, sich zu einem desto stärkeren Kampfe mit den versöhnten Polen zu vereinigen.

Da diese katholischen Geistlichen selbst in die Reihen unserer Feinde übergetreten sind, sind wir gezwungen, ihnen so entgegenzutreten, wie den weltlichen Hakatisten.

Der Standpunkt dieser beiden Geistlichen gibt mir auch die erwünschte Gelegenheit, unseren Standpunkt zum Zentrum darzulegen.

Diese beiden genannten Geistlichen zählen sich selbst zu den Zentrumsleuten. Wir wissen auch von den Wahlen her, daß in verschiedenen Kreisen katholische Kandidaten gegen offizielle Zentrumskandidaten nur deshalb aufgestellt wurden, weil die offiziellen Zentrumskandidaten keinen genügend deutschen (d. i. hakatistischen) Standpunkt zur polnischen Frage einnahmen. Auf diese Gegenkandidaten fielen mehrere tausend Stimmen, die natürlich von Katholiken und deutschen Zentrumsleuten abgegeben wurden. Es fehlt auch nicht an Mahnungen seitens hakatistischer Blätter, daß sich die Deutschkatholiken mit ihnen gegen die Polen verbinden sollen.

Ich erkläre, daß wir solche Zentrumsleute als Feinde ansehen und daß wir mit dem hakatistischen Zentrum kämpfen werden, um so mehr als es uns gegenüber den Grundsatz der Gerechtigkeit verlassen hat, dessen Beachtung wir von ihnen zu verlangen um so mehr das Recht haben, als wir Kinder derselben katholischen Kirche sind.

Mit dem den erhabenen Grundsätzen der Gerechtigkeit treuen Zentrum, mit dem Zentrum, welches uns Polen gibt, was uns gebührt, mit dem Zentrum, welches dessen eingedenk ist, welche Dienste ihm das polnische Volk in Schlesien in den langen Jahren des Kulturkampfs erwiesen hat, mit diesem Zentrum wollen wir in Frieden leben. Wir wissen sehr wohl, daß die Katholiken in Deutschland noch keine volle Gleichberechtigung besitzen. So oft es sich um den Kampf für die allgemeinen und allen Katholiken gemeinsamen und heiligen Angelegenheiten handeln wird, werden wir stets zum Appell antreten, damit sich bestätige, daß die Polen Gott stets und unverbrüchlich treu sind.

Ich meine, daß dieser Standpunkt unser richtiger Standpunkt ist. Angesichts der Gerechtigkeit wollen auch wir gerecht sein. Aber solchen Leuten gegenüber, die uns unsere billigen Rechte absprechen, müssen wir auf dem Posten, stets zur Verteidigung bereit sein.

Eine solche Taktik gegenüber den politischen Parteien in Schlesien wird uns beiden von jetzt ab gemein sein.

Jetzt noch einige Worte über das persönliche Verhältnis des Abgeordneten Korfanty zu mir.

Einige Posener Blätter haben geschrieben, der Abgeordnete Korfanty habe seine Überzeugung verkauft, weil er die Stelle eines Redakteurs in unserem Verlage angenommen habe. Eine solche Behauptung ist sowohl für den Abgeordneten Korfanty, als auch für mich eine Kränkung. Ich habe die Druckerei und die Zeitungen gekauft und dadurch die Geschäftsteilhaber und Gläubiger vor empfindlichen Verlusten, die polnische Sache aber vor einem Schlage bewahrt. Dem Abgeordneten Korfanty aber habe ich die Freiheit seiner persönlichen Meinung gelassen. Der Abgeordnete Korfanty hat die Freiheit, öffentlich zu wirken; er kann Abgeordneter sein, wenn er es will, mit einem Worte, ich habe in dem bisherigen Gegner den Bürger geachtet, der seine Überzeugung achtet.

Ich habe dies getan, weil ich an seine Aufrichtigkeit für die gute Sache glaube. Äußerlich habe ich dem Ausdruck verliehen in dem Vertrage, den wir geschlossen haben und auf Grund dessen wir uns beide im Falle eines Konflikts zwischen uns hinsichtlich einer wichtigen politischen Angelegenheit der Entscheidung eines Bürgergerichts unterwerfen. Gibt es irgend eine Zeitung, die so verfährt, und sichert insbesondere der Kurjer Poznanski irgend einem seiner Redakteure eine solche Meinungsfreiheit? Möge daher niemand die Sache anders darstellen, als so, wie wir selbst sie darlegen, und möge niemand den so mühsam zustande gebrachten Frieden der Polen in Schlesien stören.

Zum Schluß einige Worte an die hier versammelten Vertrauensmänner unserer Verlage.

Meine nächsten Freunde, die bisherigen Anhänger des Katolik, mögen von mir herzlichen Dank für die Treue und Liebe hinnehmen, die sie mir erwiesen haben. Ehre sei dir, treue Garde des Katolik.

Und ihr alle, Vertrauensmänner des Polak, erkläret, ob ihr damit, was ich hier gesagt, einverstanden sein könnt. Was verlange ich von euch? Verlange ich, daß ihr das verleugnen sollt, was ihr lieb gewonnen habt? Will ich euch auf irgend welche nationalen Abwege führen? Nein, nein, dreimal nein. Ich stehe vor euch, um euch zu sagen, wie ich über unsere Sache denke, um euch zu erklären, daß wir uns mit dem Abgeordneten Korfanty versöhnt haben, und um euch um euer Vertrauen zu bitten. Nichts anderes erbitte ich von euch, als das, daß ihr, an unsere Aufrichtigkeit glaubend, meinen Anhängern die Hände reichet und ein einziges, großes polnisches Lager bildet, dessen höchste Losung von jetzt ab sein soll: eine gemeinsame, einträchtige Arbeit und ein gemeinsamer, einmütiger Kampf für unseren Glauben und unsere Nationalität!

Die Rede des Abgeordneten Napieralski wurde mit rauschendem Beifall aufgenommen.

In seiner Nr. 268 vom 22. November setzt der Gornoslonzak den Versammlungsbericht wie folgt fort:

Nach der Rede begann sofort eine lebhafte Diskussion. Ein großer Teil der Redner besprach unsere schwere Lage in Oberschlesien, das furchtbare Vordringen des Deutschtums gegen die Polen, unseren schwierigen wirtschaftlichen Kampf, den wir mit dem reichen und wohlhabenden Deutschtum führen müssen, und erklärte, daß das, was geschehen ist, dieser Friede im polnischen Lager, eine sehr vorteilhafte Tatsache sei, die mit Freuden zu begrüßen sei. Aber gleichzeitig warnten Redner davor, daß der zwischen den beiden Lagern geschlossene Friede ein Kirchhofsfriede werde, und sie ermahnten, daß man auf dem Gebiete der Aufklärung und Wirtschaft auch wirklich tüchtig ans Werk gehen solle. Einer der Redner schilderte bildlich und kurz die Lage wie folgt: „Ich vergleiche unsere polnische Sache in Oberschlesien mit einer Kuh. Ein jedes der bisherigen Lager zog die Kuh auf seine Seite, das eine an den Hörnern, das andere am Schwanze, während der Hakatist und Sozialdemokrat diese Kuh molken und die Milch für sich behielten. Versöhnen wir uns, und wir Polen werden diese unsere Kuh selbst melken und die Milch für uns behalten, denn sie gehört uns."

Andererseits fehlte es auch nicht an gegnerischen Stimmen. Wir heben hier die zwei Hauptstimmen hervor. Ein allgemein bekannter Bürger, Herr Karl Piecha, drückte über diese Versöhnung seine Befriedigung aus; aber nach seiner Meinung könne der Friede nur dann dauernd sein, wenn die vereinigten Führer echt völkische Politik treiben werden, und wenn nicht, wie es unlängst der Fall war, bei der sogenannten Finanzreform der eine der Führer für die Steuern, der andere gegen die Steuern ist. Für Steuern auf Lebensmittel zum täglichen Gebrauch dürften unsere Abgeordneten niemals stimmen. Den Ausführungen dieses Redners stimmten die Versammelten bei. Herr Korfanty erklärte noch, es sei nicht wahr, daß die polnischen Abgeordneten für die Steuer auf Streichhölzer und ähnliche Dinge des täglichen Gebrauchs gestimmt hätten. Ein anderer Redner, der Bürger und Arbeiter Herr Lebioda aus Bykowina betonte, daß der vollzogene Friede nur dann vorteilhaft und dauernd sein und der guten Sache reichliche Frucht bringen könne, wenn das neue geeinte polnische Lager und insbesondere seine Führer echt

nationale und völkische Politik treiben werden. Redner hegt in dieser Beziehung gewisse Zweifel, weil es ihm scheint, daß Herr Napieralski zum Zentrum zu enge Beziehungen habe, wofür seines Erachtens ein Beweis die Tatsache sei, daß er Mitglied des Vereins der Zentrumsredakteure, des „Augustinusvereins", sei. Herr Korfanty aber habe seines Erachtens die politische Front geändert, weil er aus dem national-demokratischen Verein ausgetreten sei. Redner schlägt die Annahme einer dahingehenden Entschließung vor, daß Herr Korfanty dem national-demokratischen Verein wieder beitreten möge. Über die vorgeschlagene Entschließung entspann sich vor allem eine gründliche Diskussion. Herr Napieralski setzt zunächst auseinander, wie er Mitglied des Vereins katholischer Redakteure geworden sei. Er sei dem Verein noch zu einer Zeit beigetreten, als in Schlesien von einer Wahl polnischer Abgeordneten in die polnische Fraktion habe keine Rede sein können, als die politischen Verhältnisse so gewesen seien, daß innerhalb der Zentrumspartei für die polnische Sache habe gearbeitet werden müssen. Angesichts der von dem Redner ausgedrückten Besorgnis, daß er den Einflüssen des Zentrums zu sehr unterliege, erkläre er, Napieralski, daß er aus dem Augustinusverein ausscheiden werde. Nach dieser Erklärung hoben Herr Lebioda und die eifrigsten Nationalen den Abgeordneten Napieralski auf ihre Schultern und trugen ihn im Saale umher.

Rede des Abgeordneten Korfanty.

Als die Begeisterung nachließ, ergriff Herr Korfanty das Wort, um seinen Standpunkt und die in Schlesien vollzogene Tatsache der Versöhnung und Einigkeit darzulegen. Er weist die unbegründeten Vorwürfe einiger Blätter zurück, daß er seine Überzeugung geändert habe. Die früheren Überzeugungen habe er auch heute und werde sie auch in Zukunft haben; auch dieselbe Freiheit in Handeln werde er haben, wie sich die Versammelten aus der feierlichen Erklärung des Abgeordneten Napieralski hätten überzeugen können. Seine Konferenzen mit Napieralski seien gründlich und erschöpfend gewesen, es seien in ihnen alle Angelegenheiten besprochen worden, die Gegenstand ihres Konflikts gewesen seien, und das Ergebnis dieses Gedankenaustausches sei die Überzeugung gewesen, daß eine Versöhnung und Verständigung möglich sei. „Wir haben uns auch vergegenwärtigt die gefährliche Lage der polnischen Sache in Schlesien, das allseitige Vordringen des Deutschtums, das kolossale Wachstum der germanisierenden deutschen Zeitungen, die verderbliche sozialdemokratische Arbeit, den Stillstand in der Aufklärungs- und Organisationsarbeit, wir haben uns überzeugt, daß wir beide nicht arbeits- und kampffähig sind, wie wir es sein könnten, wenn wir vereint, Hand in Hand gegen den gemeinsamen Feind zusammengehen würden. In der Partei sah ich stets nur ein Mittel zur Arbeit für die uns allen gemeinsame Sache, aber niemals kann die Partei der Zweck der Arbeit sein, denn über den Parteien steht das Vaterland. Ein politischer Fakir, der sich in seinen Parteistandpunkt vergafft, war ich nicht und werde ich nicht sein. Ich glaubte, meine Partei würde sich darüber freuen, daß ihr Mitglied größere Einflüsse gewinnen wird, aber sie hat mich der Änderung meiner Überzeugungen angeklagt, was doch nicht geschehen ist. Meine Überzeugungen sind dieselben wie früher, und sie werden auch in der Zukunft dieselben bleiben. In ihrem Sinne werde ich auch wirken. Indes konnte ich in dem demokratischen Verein angesichts der gegen mich gerichteten Angriffe der ihm ergebenen Blätter nicht verbleiben, denn diese Angriffe waren unbegründet und ungerechtfertigt, und darum bin ich ausgetreten."

Im weiteren Verlauf schildert Redner die Entstehung des „Polak", seine Geschichte und seine Verhältnisse. Er, Redner, selbst habe den „Polak" mit seinen eigenen Kosten und mit dem Gelde der polnischen Arbeiter und Bauern unterhalten. Die Erzählungen von den riesigen vom „Polak" aus Galizien oder aus dem Königreich Polen bezogenen Beihilfen seien Märchen. Es sei richtig, daß ihm im letzten Augenblick die Demokraten, welche die Lage des „Polak" seit einem Jahre genau gekannt hätten, ihre Hilfe angeboten hätten, aber unter der Bedingung, daß er, Korfanty, Schlesien verlassen, jeglicher Arbeit fernbleiben und, wie der „Kurjer Poznanski" berichte, sein Mandat niederlegen werde. — Hier entstand unter den Versammelten eine große Entrüstung, der in kraftvoller Weise Ausdruck verliehen wurde. „Diese Bedingungen habe ich nicht angenommen. (Rauschender Beifall und Rufe: Sehr richtig!) Aber da ich eine Möglichkeit und völlige Freiheit zur Weiterarbeit für die Sache in Schlesien hatte, nachdem ich mich von der Aufrichtigkeit der Anschauungen und Bestrebungen des Herrn Napieralski, der doch ein Pole, ein Nationaler ist und dem niemand eine Lüge vorwerfen kann, überzeugt hatte, vereinigte ich mich mit ihm, weil sich unsere Anschauungen über die Ziele unserer Arbeit nach einem gründlichen Meinungsaustausch als übereinstimmend erwiesen hatten und weil ich bei diesem Friedensschluß von meinen Anschauungen nichts aufzugeben brauchte. Gehen wir also jetzt desto intensiver ans Werk zum Wohle unserer Sache auf dem Gebiete der Aufklärung, der Organisation und des wirtschaftlichen Lebens." Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen entwickelt Redner den Plan dieser Arbeit.

Die Ausführungen des Abgeordneten Korfanty fanden allgemeine Anerkennung. Die Versammelten brachten fortwährend Hochrufe auf die Versöhnung, auf die künftige Arbeit und auf die Abgeordneten Napieralski und Korfanty aus. Herr Lebioda zog seine Entschließung zurück, und die Versammelten nahmen einstimmig eine Entschließung an, in welcher die Befriedigung über das Werk der Versöhnung, und den Abgeordneten Napieralski und Korfanty Vertrauen ausgedrückt wurde. Diese Entschließung lautet:

„Die heut in der Zahl von 500 versammelten Vertrauensmänner der Zeitungen Katolik, Polak, Gornoślązak, Kurjer Śląski und Dziennik Śląski begrüßen mit großer Freude die Versöhnung der Redakteure Korfanty und Napieralski zum Zwecke der Arbeit für das katholische polnische Volk.

An die Aufrichtigkeit beider Redakteure glaubend, haben sie die feste Überzeugung, daß der gegenwärtige Friede die Kräfte des polnischen Volkes stärken und ihm in jeder Beziehung zum Vorteil gereichen wird.

Von jetzt ab besteht schon nur ein einziges einiges polnisches Volk in Schlesien, das zusammen mit seinen Führern kämpfen und zum Wohle des Glaubens und der Nationalität arbeiten wird.

Wir fordern alle Polen in Schlesien auf, die bisherigen Zwistigkeiten einzustellen und in Eintracht und Einigkeit für unsere heilige Sache noch tatkräftiger zu arbeiten als bisher."

Es wurden noch viele Ansprachen über die friedliche Arbeit in der Zukunft gehalten, man spornte sich zum Kampfe um eine bessere Zukunft mit vereinten Kräften an. Mit Hochrufen auf die Abgeordneten, ausgebracht von einigen Vertrauensmännern, und mit einem Hochruf des Abgeordneten Napieralski auf das polnische Volk wurde die erhebende Versammlung geschlossen. Sogar die größten Gegner der Versöhnung traten nach der Versammlung an unsere Abgeordneten heran und drückten ihnen ihr Vertrauen aus. Die Versammlung nahm einen ernsten Verlauf, und das Niveau der Diskussion war so hoch, daß es Bewunderung erweckte.

In dieser Versammlung sprach das Volk, und die Vertreter des Volkes sprachen ihre Ansicht dreist und mutig aus. Sich durch nichts bindend, kritisierten sie das, was ihnen nicht gefiel, aber nachdem man einander schließlich alles aufgeklärt hatte, trat Einmütigkeit und Eintracht ein, und, was das wichtigste ist, man versprach sich feierlich, desto tatkräftiger für unsere Sache auf katholischem, echt nationalem und völkischem Boden zu arbeiten.

Aus Nr. 33 des Postęp (Posen) vom 19. November 1910:

Die „Politik" des Herrn Korfanty.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Vor 10 Jahren wurde in Oberschlesien die Tageszeitung Gornoslonzak und zwar zur Bekämpfung der Versöhnungspolitik des „Katolik" gegründet. Eine führende Rolle spielten hierbei Kowalczyk und Korfanty.

Die Gründung des Gornoslonzak war ein Zeichen der Wiedergeburt Oberschlesiens in nationaler Hinsicht. Ganz Polen freute sich damals. Jeder Oberschlesier wurde verherrlicht und den anderen polnischen Landesteilen zum Muster hingestellt.

Unsre Freude an den Oberschlesischen Brüdern war aufrichtig und offenbarte sich hauptsächlich in der materiellen Unterstützung des neuen Zeitungsunternehmens. Die begüterten Bürger schenkten direkt namhafte Summen für diesen Zweck — und Kowalczyk und Korfanty nahmen diese in Empfang und verbrauchten sie.

So kam das Jahr 1903, die Zeit der allgemeinen deutschen Reichstagswahlen heran. Kowalczyk und Korfanty streckten ihre Hände nach einem Abgeordnetenmandat aus. Der erste unterlag mit einer Minorität von nur einigen Stimmen, der zweite eroberte in der Stichwahl den Bezirk Kattowitz—Zabrze. Damals begrüßte man den Abgeordneten Korfanty als den Erneuerer Schlesiens. In den Abgeordnetenkreisen wie auch in den polnischen Landen hielt man ihn für einen Halbgott. Dieses machte diesen Herrn furchtbar eingebildet! . . . Er lebte und wirtschaftete, wie es ihm gefiel und wie er es konnte! Er machte viele Fehler, schlug die Redakteure mit der Hetzpeitsche — doch niemand reagierte auf diese Übergriffe.

Diese leichtsinnige Wirtschaft der jungen Leiter des Gornoslonzak kostete Tausende. Diese Taktik der Leiter fing an, den Gebern nicht zu gefallen. Sie waren jedoch zu schwach, um eine Änderung in der Wirtschaft herbeizuführen und fingen daher an, sich allmählich zurückzuziehen. Der Kreis der Geber wurde immer kleiner. Mit der Zeit blieben sie ganz aus.

Korfanty hat dies verstanden. Seiner „Macht" vertrauend, trat er aus dem Gornoslonzak aus und gründete ein eigenes Blatt. Wozu auch sollte er einer mit Schulden beladenen Zeitschrift angehören, wenn er sich selbst eine Zeitung gründen konnte! Er wußte auch, daß er als Abgeordneter Zutritt zu vermögenden Leuten habe und diese für die „Idee" gewinnen könne. Daher wollte er dem Gornoslonzak nicht angehören, der Eigentum einer Genossenschaft und überdies mit Schulden überladen war, denn er wußte, daß er dort die „Gaben" mit anderen teilen mußte, und hier konnte er alles für sich behalten. Und das ist doch ein Unterschied! . . .

Seine Pläne machte Korfanty jedoch ohne den — Wirt. Er glaubte nicht nur an die Opferwilligkeit der vermögenden Leute, sondern noch mehr an seine Abgeordnetenmacht und dachte, wenn er als Abgeordneter eine Zeitschrift herausgeben werde, so würden auch alle, die ihn gewählt haben, diese Zeitschrift abonnieren und lesen. Und wenn seine Pläne in Wirklichkeit nicht so weit gingen, so glaubte er jedenfalls sehr stark daran, auf einmal mindestens achttausend Abonnenten zu gewinnen. Eine solche Ziffer sichert die materielle Existenz einer Zeitschrift vollkommen. Leider verrechnete sich Korfanty in seinen Plänen. Seine Wähler scheinen schon damals an seine Unfehlbarkeit nicht mehr geglaubt zu haben —, denn nach der Herausgabe der ersten Nummer bekannte Korfanty mit saurer Miene, daß 2000 Abonnenten entschieden zu wenig seien. Doch es war geschehen. Jetzt mußte der Karren weitergeschoben werden. Dieser und jener half am Anfang mit, so viel er konnte. Dieses reichte jedoch nicht aus.

Diese materiellen Verhältnisse mußten der Posener Intelligenz bekannt gewesen sein. Ich erinnere mich, daß einer von den einflußreichen Herren in Posen zu seinem Kollegen sagte, daß man diesem „Bengel", d. h. Korfanty, ein Abgeordnetenmandat zum preußischen Landtag geben müsse, damit er sich emporrappeln könne, denn die Reichstagsabgeordneten haben damals noch keine Diäten erhalten. Ich erinnere mich noch an die damalige Haltung des Postęp, der sich damit einverstanden erklärte, daß man Korfanty ein Abgeordnetenmandat zum preußischen Landtag eines Posener Wahlbezirks überlasse — aber nicht deswegen — weil Korfanty es erhalten sollte. — Der Postęp war von Korfanty überhaupt niemals entzückt und hielt ihn bis zu einem gewissen Grade für einen Karrierenreiter und zu wenig verdienstvoll — sondern deswegen, weil dadurch engere Verbrüderung Posens mit Oberschlesien stattfinden konnte.

(Zur Politik Korfantys hatten wir niemals Zutrauen und haben ihn damals als unerfahrenen Mann nicht empfohlen; da aber die Volksbewegung ihn haben wollte, war es schwer dagegen zu opponieren. — Die Red.)

Endlich bekam er also jenes Abgeordnetenmandat. Die Sorge um die Abonnenten und auch materielle Schwierigkeiten scheinen aber trotzdem nicht gewichen zu sein, denn seine Zeitung Polak fing allmählich an, immer deutlicher ein Revolverblatt zu werden. Der Ton war barsch und der Inhalt seicht. Wer Korfanty nicht persönlich kannte und seinen Polak las, der kam zum Schluß, daß seine Qualifikationen nicht an die Würde eines Abgeordneten heranreichen.

Diese Revolverpolitik fand weder beim Volke noch bei der Intelligenz Anklang. Die Abonnentenzahl stieg nur sehr langsam, die Intelligenz hatte den Herrn Abgeordneten nicht gern, sie tolerierte ihn nur. — Und das ist doch ein Unterschied.

Etwa vor drei Jahren gründete der Herr Abgeordnete noch eine Zeitung. Bisher erschien der Polak drei Mal in der Woche und die neue Zeitung Kurjer Slonski sollte täglich erscheinen. Auf diese Weise wurde der Herr Abgeordnete Besitzer zweier Zeitungen — in Wirklichkeit wurde der Polak ein Abklatsch des Kurjer Slonski. Doch das arme und rechtschaffene polnische Volk weiß dieses nicht und glaubt, daß der Polak etwas anderes schreibe als der Kurjer Slonski.

Trotz aller Spekulationen nach rechts und links litt Herr Korfanty immer an chronischem Geldmangel. Dem halfen auch die beiden Zeitungen nicht ab. Im Monat Mai oder Juni des Jahres 1901 herrschte ein solcher Geldmangel, daß der Herr Abgeordnete nach Beuthen fuhr und seine Zeitungen dem Herrn Napieralski zum Kauf anbot. Der Kontrakt wäre angeblich zustande gekommen, wenn nicht die heiße Bitte mehrerer Vertrauter Korfantys ihn aus der Umarmung Napieralskis gerettet hätte. Statt des Verkaufs gründete man eine Genossenschaft, der mehrere ein-

flußreiche Bürger Schlesiens beitraten. Man wählte den Vorstand und den Aufsichtsrat — trotzdem herrschte der Herr Abgeordnete unumschränkt und litt doch ständig an Geldmangel. Die von den Aktionären des Polak aufgebrachten ziemlich bedeutenden Summen verschwanden in dem Verlag wie die Fliege im Rachen eines großen Hundes.

Die Krankheit — Geldmangel genannt — wurde beim Abgeordneten Korfanty unheilbar. Daher fing er angeblich an zu spekulieren. Er sollte beim Waldverkauf vermittelt und eine bedeutende Summe verdient haben. Später gründete er eine Genossenschaft — zog in diese mehrere begüterte Bauern aus Oberschlesien hinein — und kaufte die Güter des ermordeten Grafen Potocki, des galizischen Statthalter. (Das ist nicht wahr — Korfanty kaufte nicht die Güter des ermordeten Grafen Potocki, sondern die des Bruders des Grafen — Red.) Bei diesem Geschäft sollte Korfanty Tausende von Mark verdienen. Die Spekulation mißlang indessen, und die Bauern haben angeblich bedeutende Summen verloren. Als der Herr Abgeordnete das Fiasko voraussah, rettete er sich dadurch, daß er die Stellung als Leiter der Genossenschaft niederlegte.

Ich weiß nicht, wieviel Wahrheit in den Behauptungen ziemlich glaubwürdiger Leute enthalten ist, doch man erzählt, daß Korfanty ein ziemlich guter Wirt gewesen ist. Hat er ein Loch zugestopft — entstanden an dessen Stelle zwei neue. Einer seiner Mitarbeiter erzählte, daß sein Chef — trotz seiner radikalen und der preußischen Regierung feindlichen Anschauungen — alle seine Forderungen streng im Namen des preußischen Königs erledige. Dies wollte ich nur so nebenbei gesagt haben.

Doch das Herumbalgen und die Spekulation halfen nichts. Am 7. November im Jahre des Herrn 1910 fuhr Korfanty zum Abgeordneten Adam Napieralski, dem Besitzer des Katolik, gegen welchen man den Gornoslonzak gegründet, und gegen welchen auch Korfanty später den Polak und den Kurjer Slonski ins Leben gerufen hat, und verkaufte dort den Polak und den Kurjer Slonski. Und wenn das Gerücht wahr ist, so verkaufte Korfanty auch sich selbst. Die in den Zeitungen Napieralskis gebrachten und vom Käufer und Verkäufer unterschriebenen Erklärungen besagen, daß über die Politik des Napieralski und des Korfanty in Oberschlesien ein unparteiisches Bürgerehrengericht wache. Doch das ist alles Faselei und weiter nichts.

Herr Korfanty, der Förderer der Parteiidee war, erklärt sich heute damit einverstanden, daß bei Streitigkeiten politischer Natur ein unparteiisches Bürgerehrengericht entscheide. Hat man so etwas schon gelesen oder gehört! Ein Mensch, der von der Politik nichts versteht, soll über Politik entscheiden. Ist das nicht Unsinn? Doch darauf kommt es nicht an. Das Papier ist geduldig, und man kann auf ihm noch größere Dummheiten niederschreiben. Und eine solche ist der Satz in der Erklärung, daß „seit der Zeit der Anerkennung der polnischen Fraktion durch den Katolik, sein Kampf gegen Napieralski und den Katolik gegenstandslos geworden ist". Oder Korfanty hat jetzt offen zugegeben, daß er seit 4 Jahren die Leser seiner Zeitungen und die ganze Welt belogen habe durch die Behauptung, Napieralski sei Versöhnungsparteiler, unterhalte mit dem katholischen deutschen Zentrum ein politisches Verhältnis und wirke so bewußt zum Schaden des polnischen Volkes.

Will nun Herr Korfanty dadurch sagen, daß er die Parteiarbeit als eine dem Volke in Schlesien schädliche ansehe, so ist das ein Zeichen von einem sehr verfinsterten Verstande, der zur politischen Orientierung — sage und schreibe — vier Jahre gebrauchte.

Also vier Jahre waren erforderlich, um sich zu orientieren und zu sagen, daß man nicht um Grundsätze, sondern nur des Kampfes wegen kämpfte. Sage lieber, werter Herr, daß du um persönlichen Ehrgeiz und Reichtum kämpftest. Daher auch fielest du in diesem Kampfe, weil dir jegliche Idee — außer Ruhm und Geld — fremd war.

Faßt man die Fähigkeiten des Herrn Korfanty zusammen, so zeigt sich's, daß er ein Mensch war, der die Idee zur Erlangung von Reichtümern gebrauchen wollte. Diese Absicht ist ihm aber nicht gelungen — denn als es schon schien, daß er am Ziele sei, fiel er wie ein durch die starke Faust des Gegners niedergestreckter Löwe. Nicht nur, daß er auf dem Kampfplatze blieb — es ist gleich, ob um Grundsätze oder nicht — nein, er demütigte sich noch vor seinem Gegner und bot ihm seine Kraft an. Und dieser nahm sie an. Und von jetzt ab wird Korfanty die Idee vertreten, die er 10 Jahre hindurch erbittert bekämpfte. Das ist doch auch eine Idee?!

Armer Mensch. Zuerst wollte er Ökonomist werden — es gelang ihm nicht; er wollte Journalist werden und war es auch, aber er machte Bankerott. Er wollte eine Säule des Polentums und der Demokratie werden, auch das gelang ihm nicht. — Er handelte mit Wäldern, doch auch hier ohne Erfolg. Hoffen wir, daß er von jetzt ab jeglichen Spekulationen entsagt und ein bescheidener Mensch wird, der der Idee, die er so erbittert bekämpfte, dienen wird auf Wunsch und Befehl seines Herrn und Arbeitgebers Herrn Napieralski. Trotzdem Korfanty sich moralisch und materiell verkaufte, hat er noch den Mut zu schreiben, daß er eine Heldentat begangen habe. Er schimpft auf alle, die dieses nicht glauben wollen. Es fehlt sogar nicht an solchen, die Korfanty bedauern. Ich jedoch bin anderer Meinung und sage, daß es gut geschehen ist. Es wundert mich nur, daß unsere Gesamtheit so kritiklos ist, dank dessen gelangen ans Ruder verschiedene unerfahrene Leute. Aber bei uns war es immer so, und wird es auch so bleiben.

Früher existierte das liberum veto, welches sich die am wenigsten verdienten Leute zu Nutze machten und es bei jeder sich bietenden Gelegenheit anwendeten. Heute gibt es zwar das liberum veto-Recht nicht mehr, dafür aber existieren Protektionen und Protektiönchen. Wer unseren großen Männern Verbeugungen machen oder eine schöne Rede halten oder einigermaßen schreiben kann, den erwarten Ehren und Bequemlichkeiten. Auf Charakter und moralische Qualifikationen wird weniger oder gar nicht gesehen.

Gelangt irgend eine unsichere Persönlichkeit ans Ruder, so darf man dagegen nicht einmal opponieren — die Opponenten werden entweder ein für allemal unschädlich gemacht, oder man beschuldigt sie um irgend etwas anderes.

So war es auch mit Herrn Korfanty. Ich will hier nicht die einzelnen Fälle aufzählen, wohl aber an einige der bekanntesten erinnern. Beispiel: Sprach Korfanty in einer Versammlung in Schlesien, so klatschte man ihm in Posen Beifall. Waren in einer Versammlung 300 Leute zugegen, so schrieb Korfanty, daß es ihrer 1500 waren. Und hat jemand geschrieben, daß dies unwahr sei, so nannte man ihn einen Verräter der nationalen Sache — wenn es Korfanty so haben wollte. Ist Korfanty in einer Versammlung von den Sozialisten gründlich ausgeschimpft worden, so schrieb er, daß ihn die Frauen mit Blumen beworfen haben.

So war es. Darüber haben auch die Posener Zeitungen geschrieben. Und jetzt habt ihr ihn. Euer Schoßkindchen, dieser unantastbare und große Patriot wurde seinen Grundsätzen untreu und schrieb, daß er

die Parteibildung in Schlesien als schädlich für die nationale Sache halte!

Dieser Schritt Korfantys konnte seine Verehrer enttäuschen und wird höchstwahrscheinlich eine Warnung für die Zukunft sein. Das, was geschehen ist, mußte geschehen. Daher verzeiht es, daß mein Urteil so scharf ausgefallen ist. Es ist besser, die Wahrheit zu sagen — wenn dabei die Sache gewinnen kann —, als sie zu beschönigen, nur um sich Unannehmlichkeiten nicht auszusetzen. Gewöhnen wir uns ab, die Person über die Sache zu stellen — und die Verhältnisse werden auf einmal besser. — P—r.

Aus Nr. 267 des Kurjer Poznański (Posen) vom 22. November 1910:

Die Grundlagen der „Versöhnung" des Polak mit dem Katolik.

Der Katolik (Dziennik Slonski) veröffentlicht jetzt im Wortlaut die Rede des Abgeordneten Napieralski in der Versammlung der Agenten des Katolik und des Polak, in welcher die Grundlagen der „Versöhnung" dargelegt werden, die zwischen dem Katolik und Polak bzw. zwischen den beiden Abgeordneten Napieralski und Korfanty vollzogen wurde.

Bevor wir die Hauptabschnitte der Rede des Abgeordneten Napieralski wiedergeben, stellen wir fest, daß der Redner in der Einleitung auf das Gefühl der Bürgerpflicht gegenüber die öffentliche Sache als auf die Quelle der „Versöhnung" hinwies. Es sei nämlich der „Moment eingetreten, in welchem das bürgerliche Gefühl die Redakteure (Napieralski und Korfanty) über die menschlichen Gebrechen erhoben habe", es sei der „Augenblick einer stärkeren Verschärfung des Auges, des Herzens und des Gewissens hinsichtlich der Pflicht" eingetreten.

Soweit der Abgeordnete Napieralski hierbei sich im Sinne hatte, sprach er zweifellos wirklich aufrichtig. Er konnte dies umsomehr tun, als er dadurch, daß er den Polak ankaufte und den Abgeordneten Korfanty vom Katolik abhängig machte, von seinem grundsätzlichen Wege nicht abgewichen ist, sondern im Gegenteil auf diesem Wege einen Hauptschritt nach vorwärts gemacht hat, einen Schritt, den er seit einer ganzen Reihe von Jahren systematisch und zielbewußt erstrebte. Zwar hatte der Abgeordnete Napieralski vor etwa einem Jahre schon fast ganz die Hoffnung verloren, daß es ihm gelingen werde, eine „Versöhnung" zustande zu bringen, d. h. den Polak und seinen Leiter zu entwaffnen, aber das Leben hat gezeigt, das alles Mögliche und Unmögliche in der Welt, besonders aber in Oberschlesien dennoch möglich ist.

Wir wiederholen: Der Abgeordnete Napieralski war, soweit er von seiner Person sprach, aufrichtig, als er auf das Gefühl der Bürgerpflicht als auf die Quelle der „Versöhnung" hinwies. Aber der Abgeordnete Napieralski verlangt wirklich viel, wenn er wünscht, die Volksgesamtheit solle glauben, daß sich auch bei dem zweiten Kontrahenten der „Versöhnung" alles dadurch erklärt, daß der „Augenblick einer stärkeren Verschärfung des Auges, des Herzens und des Gewissens hinsichtlich der Pflicht" eingetreten sei. Dort war vielmehr der Augenblick eines stärkeren Druckes der persönlichen Gläubiger und der Gläubiger des Verlages eingetreten. Täuscht sich der Abgeordnete Napieralski wirklich, daß der Polak, wenn er nicht in den finanziellen Ruin geraten wäre, unter irgendwelchen politischen Bedingungen auf eine „Versöhnung" reagiert hätte? Ist er sich dessen nicht bewußt, daß der Polak ohne finanziellen Ruin heut unverändert im Katolik den unehrlichsten politischen Gegner, einen „Versöhnler", einen „Preußen" und einen „Verräter" erblickt hätte, daß der Leiter des Polak heut — wie er es noch vor einigen Wochen tat — gedroht hätte, er werde den Katolik an die Wand drücken und „zermalmen"? Spielen wir doch in der Politik nicht ein Blindekuhspiel, denn dies wird der Volksgesamtheit zum Wohle nicht gereichen. Eine redliche Versöhnung oder vielmehr eine redliche Verständigung, die — nicht im letzten Augenblick des finanziellen Ruins des Polak — sondern bedeutend, sehr bedeutend früher geschlossen worden wäre, als der Polak noch fest dastand und noch Hoffnung hatte, daß er sich selbständig behaupten werde, ein solcher politischer Akt hätte die ernsten demokratischen Faktoren aufrichtig erfreut. Dagegen mußte das, was jetzt geschehen ist, tiefes Mißbehagen und eine starke Reaktion hervorrufen. Was uns wenigstens anbetrifft, so stellen wir, obgleich uns manche politische Freunde allzu große Neigung zu Kompromissen vorwerfen, ausdrücklich fest, daß wir dort, wo es sich mehr um Politik, sondern um die Ethik handelt, zu gar keinen Kompromissen fähig sind. Die Zukunft wird zeigen, ob wir Recht haben oder nicht.

Wir gehen zu dem Hauptteile der Rede des Abgeordneten Napieralski über, der die Grundlagen der „Versöhnung" darlegt.

(Es folgt die Wiedergabe der von Napieralski in seiner Rede aufgestellten vier Punkte seines Programms, wonach der Kurjer Poznanski wie folgt fortfährt:)

Der Leser ist über dieses „neue" Programm zweifellos verwundert. Der Leser glaubte, daß er etwas von einem neuem Auswege aus dem bisher so sehr strittigen politischen Fragen, wenigstens aus den hauptsächlichen Fragen erfahren werde. Statt dessen redet der Abgeordnete Napieralski unter den Punkten 2, 3 und 4 von seiner Anschauung über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, indem er selbst feststellt, daß er in diesen Fragen auch bisher schon mit dem Abgeordneten Korfanty übereingestimmt habe. In dem ersten, die Politik betreffenden Punkte aber erklärt sich der Abg. Napieralski für die polnische Fraktion. Das ist alles. Indes tobte der ganze Kampf in Schlesien in den letzten Jahren gar nicht mehr um den Grundsatz der Zugehörigkeit zur polnischen Fraktion, sondern um die Richtung der Fraktionspolitik, um die politische Selbständigkeit der Fraktion, um das Verhältnis zum Zentrum und zu den Konservativen usw., Fragen, die im Lande ein so lebhaftes Echo hervorgerufen haben. Von all dem erfahren wir nichts. Und es handelt sich doch um die Grundlagen der „Versöhnung" in Schlesien!

Aber der Abg. Napieralski legte auch sein Verhältnis zu den deutschen Parteien dar. Er wendet sich entschieden gegen die Sozialdemokraten und Hakatisten.

(Es folgt die Wiedergabe der in Frage kommenden Stelle aus der Napieralskischen Rede.)

Erfahren wir hier etwas, das die Ursachen der bisherigen Kämpfe beseitigte und reale und bestimmte Grundlage für die „Versöhnung" schüfe? Die Zentrumshakatisten vom Schlage eines Pfarrers Rassek und Feja und die katholischen gegen das Zentrum vorgeschobenen Gegenkandidaten bekämpfte und bekämpft nicht bloß der Abgeordnete Napieralski, sondern ebenso auch das offizielle Zentrum. Dies kann doch also wohl den Grundstein der Anschauungen unserer beiden schlesischen Abgeordneten über das Verhältnis zum Zentrum in der Frage der „Versöhnung" nicht bilden. Außerdem lesen wir ausschließlich nichtssagende Gemeinplätze über das Zentrum, „welches uns Polen gibt, was uns gebührt", und über die Zentrumsleute, die

„selbst in die Reihen unserer Feinde übergetreten sind". Auf einer solchen Grundlage könnte sich „versöhnen", d. h. kapitulieren, nicht nur der Kurjer Poznanski vor dem Dziennik Poznanski und umgekehrt, sondern z. B. auch der Dziennik Bydgoski vor dem Wielkopolanin und umgekehrt.

Die kritisch veranlagten Elemente in der Volksgesamtheit wünschten etwas anderes zu erfahren, namentlich das, was die Abgeordneten Napieralski und Korfanty als germanisierende Tätigkeit der Geistlichen ansehen, wo sie in dem Verhältnis der deutschen und halbgermanisierten Geistlichen die Grenze der sozialen Arbeit erblicken, in deren Bereich sie dem polnischen Volke Gehorsam gegen die Leitung dieser Geistlichen anraten, wie sie sich die wirkliche politische Sicherstellung der vollen Selbständigkeit des polnischen Lagers in dem Verhältnis zum Zentrum vorstellen. Darum tobte doch Jahre lang, noch nach dem Übertritt des Katolik unter die Fahne der polnischen Fraktion, bis in die letzten Wochen ein heftiger Kampf in Schlesien. Von all dem erfahren wir wiederum nichts, statt dessen lesen wir ausführlich selbstverständliche Dinge. Das ist natürlich kein Zufall; der Abg. Napieralski ist dafür ein zu reifer und routinierter Politiker.

In dem Schlußteil seiner Rede stellt der Abg. Napieralski fest, daß er dem Abg. Korfanty „die Freiheit der persönlichen Ansicht und die Freiheit des öffentlichen Wirkens" belassen habe, daß der Abg. Korfanty „Abgeordneter sein könne, wenn er es wolle", daß schließlich beide einen „(notariellen) Vertrag geschlossen hätten, auf Grund dessen sich beide im Falle eines Konflikts in irgend einer wichtigen politischen Frage der Entscheidung eines Bürgergerichts unterunterwerfen". „Gibt es eine Zeitung, die so verfährt — fragt schließlich der Abg. Napieralski —, und wahrt vor allem der Kurjer Poznanski irgend einem seiner Redakteure eine solche Freiheit der Meinung?"

In Sachen des gegenseitigen Verhältnisses der Abgg. Napieralski und Korfanty wollen wir von der allgemeinen Theorie zu einem konkreten, praktischen Beispiel übergehen. Nehmen wir eine ähnliche Situation, wie sie bei der Finanzreform im Reichstag war, und gerade auf dieser konservativen und Zentrumslinie wird doch die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Reich und im Reichstage vor sich gehen. Der Abg. Napieralski wird — sofern er sich treu bleibt, und in dieser Hinsicht hegen wir keinen Zweifel — die polnische Fraktion nach rechts ziehen; der Abg. Korfanty müßte sie nach links ziehen. Als Redakteur des Katolik müßte der Abg. Korfanty in der Presse eine öffentliche Meinung bilden, die gegen das Hinüberziehen der Fraktion nach rechts wäre. Wird dem aber der Abg. Napieralski als Hauptleiter des Verlages ruhig zusehen? Wir meinen, daß dem so nicht sein wird.

Wenn sich der Abg. Napieralski besonders gegen den Kurjer Poznanski wendet und mit Stolz auf jenen historischen notariellen Vertrag hinweist, so antworten wir so viel, daß wir auf einen solchen Vertrag wirklich nicht eingehen könnten, weil wir ihn — abgesehen von der praktischen Seite — als unter der eigenen Würde und unter der Würde unserer mitarbeitenden Kollegen ansehen würden. Unsere solidarische Arbeit beruht nicht auf einem notariellen Papierfetzen, sondern auf tief eingewurzelten politischen Grundsätzen, denen bis zum letzten Atemzuge zu dienen wir entschlossen waren, bevor der Kurjer Poznanski überhaupt noch bestand. Im Rahmen dieser gemeinsamen politischen Grundsätze dulden wir nicht nur, sondern fordern wir von unseren Kollegen, daß sie eine eigene Meinung und den Mut haben, diese Meinung öffentlich zu verteidigen, selbst wenn sie mit unserer persönlichen Meinung nicht übereinstimmen würde.

Und in öffentlichen Versammlungen kam es schon wiederholt vor, daß unsere Redakteure in irgend einer besonderen Auffassung eine abweichende Meinung vertreten. In einer besonderen Auffassung, denn um das Auseinanderlaufen unserer Grundsätze . . . möge der Abgeordnete Napieralski nicht besorgt sein.

Außerdem wäre in unserer Redaktion ein politischer notarieller Vertrag auch überflüssig, denn bei uns ist es nicht Brauch, daß wir einander hinter dem Rücken mit der Verabfolgung von „Ohrfeigen" drohen, und es ist auch nicht Brauch, daß wir uns öffentlich „Alimentenprozesse" vorhalten, uns gegenseitig wegen angeblicher „Verleitung zum Meineid" denunzieren und uns „Zuchthausstrafen" androhen. Wo solche Bräuche herrschen, dort sind vielleicht notarielle Verträge wirklich notwendig, dort ist aber überdies auch noch etwas anderes notwendig. Eine Politik der persönlichen Schmähung kann man freilich bis zu einem gewissen Grade durch ein notarielles Schriftstück mildern, obgleich ein noch wirksameres Mittel finanzielle Abhängigkeit ist; dagegen glauben wir an die Wirksamkeit eines notariellen Vertrags und bürgerlicher Ehrengerichte nicht, wo es sich nicht um eine erzwungene, sondern um eine redliche, wirkliche Versöhnung handelt.

Aus Nr. 268 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 22. November 1910:

Preßstimmen über die Versammlung der Vertrauensmänner.

Der Vertrauensmänner-Versammlung am Mittwoch wohnte **zufällig als Gast** bei Herr J. Ursyn, Redakteur des in Sosnowitz erscheinenden Kurjer Zaglembia, der auf die erste Kunde von der Versöhnung des Abgeordneten Korfanty und Napieralski Herrn Korfanty sehr scharf kritisierte und den bosshaften Artikel des Kurjer Poznanski abdruckte. Die Mittwochversammlung in der „Reichshalle" hat Herrn Ursyn von der großen Tragweite unserer Versöhnung in Schlesien offenbar überzeugt, denn Herr Ursyn schildert die in der Versammlung gewonnenen Eindrücke wie folgt:

„Vorgestern fand zu Kattowitz in einem öffentlichen Saale eine **Privatversammlung** statt, die nicht nur für die Zukunft Schlesiens, sondern überhaupt für die Zukunft der ganzen polnischen Politik eine weittragende und entscheidende Bedeutung haben muß.

Es wurde nämlich vorgestern in Kattowitz — in Anwesenheit einiger Hundert „Vertrauensmänner" der beiden bisher einander feindlichen Lager — ein Bündnis geschlossen, nicht etwa ein verwickeltes und hinterlistiges „diplomatisches", ein „Kabinettsbündnis", sondern ein aufrichtiges, offenes Bündnis aus Fleisch und Blut, das natürlichste Bündnis unter der Sonne, ein Bündnis der Söhne einer und derselben polnischen Erde.

Man muß diesem Akt beigewohnt haben, man muß die feurigen Reden der Vertreter des — es möchte scheinen — von den zivilisierten polnischen Zentren losgetrennten schlesischen Arbeitervolkes gehört haben, man muß sich hineingedacht haben in die wunderbare und übermächtige Psychologie dieser Hunderte von „Vertrauten", über welche die Fahnen des Glaubens und des Vaterlandes oder umgekehrt des Vaterlandes und des Glaubens die beiden polnischen Auserwählten Napieralski und Korfanty gehißt haben und bis jetzt voll Macht hissen! Man muß diese ganze ungeheure Masse der Kolporteure der polnischen Zeitungen in Schlesien, dieser „Apostel" der polnischen Idee, des

polnischen Gedankens und des polnischen Wortes beobachtet und verfolgt haben, um zu verstehen, welche kolossal große Bedeutung jene fortwährend von der Rednerbühne wiederholten Begrüßungen jedes Redners hatten: Gelobt sei Jesus Christus; Glück auf der polnischen Versöhnung in Schlesien!

Gradezu Tränen der Rührung preßten sich einem hervor, und das Herz mußte heißer schlagen.

Unsere Versöhnung lebe hoch!

Wegen der Kränkungen bitten wir uns gegenseitig ab!

Von jetzt ab zusammen Schulter an Schulter! Als Ritter des geliebten Polens! Als Kämpfer für die Freiheit des Rechts und für die Freiheit der Tat!

Solche Worte erschollen von der Rednerbühne, erschollen aus dem Munde schlesischer Arbeiter. Und dort in diesem großen preußischen Saale saßen sowohl die alte ergraute schlesische Garde, als auch Leute im reifen Lebensalter mit schwieligen Händen, sowohl die feurige und zur Arbeit bereitwillige Jugend, als auch Frauen mit Tüchern auf dem Kopf, ja sogar begeisterte, neugierige, hin und her fragende, in Korfanty vergaffte halbwüchsige Burschen.

In diesem jungen, groß gewachsenen, tatkräftigen, dreisten, vielleicht waghalsigen Menschen liegt — Kraft. Das teilt sich mit. Das fühlt man, wenn er die Rednerbühne betritt und zu seinem Volke redet.

Redakteur und Tribun! Volksredakteur und Volkstribun! Die Worte sprühen, die Wortwendungen stürzen hervor, zu den fernen Strahlen des Liebens reißt er die Menge fort. Und so verbrennt er alle seine persönlichen Zornausbrüche und Beleidigungen auf dem Altare des Vaterlandes und reicht dem Gegner, aber einem polnischen Bruder, die Hand.

Und dieser polnische Bruder, Napieralski, antwortet in ruhigem und erstem Tone, bekennt aufrichtig seine in Ermangelung des Glaubens an die Möglichkeit einer Wiedergeburt einst begangenen politischen Fehler, bekennt, daß er, wenn er sich geirrt habe, dies aus Liebe zu dem so aufgefaßten Wohl des polnischen Volks in Schlesien, nicht aus irgend welchen persönlichen Rücksichten getan habe.

Und in freundschaftlicher Umarmung vor der Menge der Ihrigen, der Vertrauensmänner aus beiden Lagern verbinden sich zwei Führer. Die Menge im Saal begrüßt sie begeistert, begrüßt sie mit einem Liede, begrüßt sie mit Hochrufen, begrüßt sie mit elementarem Glauben an den Sieg der guten, gemeinsamen Sache.

Heute schildere ich nur Eindrücke.

Auf morgen verschiebe ich die ruhige und sachliche Besprechung des ganzen Friedensakts in Oberschlesien und die Darlegung aller Beweggründe dieses hervorragenden und für uns ungeheuer bedeutungsvollen Wendepunkts.

J. Ursyn.

Der Posener Postemp dagegen veröffentlichte einen Herrn Korfanty in höchstem Grade verunglimpfenden Artikel. Den Verfasser des Artikels, der unweit von uns in Oberschlesien wohnt, kennen wir, und darum fühlen wir uns der Pflicht enthoben, ihm zu erwidern und uns mit seiner „Abhandlung" zu befassen. Das wäre eine zu große Ehre für ihn. Wir wissen eins, und zwar: das polnische Volk in Oberschlesien hat sich auf unsere Seite gestellt, es hat der vollzogenen Versöhnung Beifall gezollt, sie als großes politisches Werk anerkannt, und das genügt uns. Das polnische Volk in Oberschlesien weiß besser, was ihm nottut, und nachdem es sich für uns erklärt hat, machen alle Stimmen „angesehener und kluger" Politiker, alle gegen uns gerichteten Verleumdungen keinen Eindruck auf uns. Wie wir zum Wohle des polnischen Volks gearbeitet haben, werden wir auch in der Zukunft arbeiten. An Anrempelungen, Angriffe und Verleumdungen sind wir gewöhnt, und ein schlechter Politiker wäre, wer Rücksicht nähme auf Stimmen wie die Stimme des Postemp.

Aus Nr. 22 des Przegląd Kupiecki (Posen) vom 15. November 1910:

Korrespondenz aus Oberschlesien.

Wieder ist der Winter herangerückt, die Zeit der Auffrischung unseres Kaufmannsstandes, nicht nur in erwerbstätiger Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Arbeit auf dem gesellschaftlichen Schauplatze. Wer sollte in unserem Polen wohl mehr tätig sein, als unser polnischer Kaufmann und Handwerker? Und das nicht ohne Grund!

Der Kaufmann und der polnische Industrielle in Oberschlesien, der seine Existenz diesem polnischen Volke, unter dem er lebt, verdankt, hat auch die Pflicht, sich an die Spitze dieses Volkes zu stellen. Gerade die gegenwärtige Zeit des Winters ist hierzu die passendste. In dieser Zeit hat nicht nur unser Kaufmann die Pflicht, das wieder gut zu machen, was er vielleicht in der Sommerszeit vernachlässigt hat, sondern er müßte auch ein neues Arbeitsfeld schaffen, um neue positive Resultate zu erzielen.

In erster Linie mußte man die Aufmerksamkeit auf unseren Verein junger Kaufleute lenken. Das Arbeitsfeld in Oberschlesien ist immer noch sehr groß. So groß es auch ist, um so schwieriger ist es, dasselbe für uns zu gewinnen. Bei den geradezu beklagenswerten Verhältnissen Oberschlesiens sollten wir die Hände nicht in den Schoß legen. Dieser von alters her vernachlässigte Landesteil, in welchem die Verhältnisse verdorben sind, braucht durchaus eine Besserung. Das, was unsere Vorfahren vernachlässigt haben, müßten wir von Grund auf reformieren, ohne darauf zu achten, ob wir aus dieser Arbeit Vorteile haben werden, oder unsere Nachkommen. Wir müssen mit der jüngeren Generation rechnen. Lassen wir es nicht zu, daß uns die jüngere Generation jemals Trägheit und Nichtbeachtung eigener Interessen vorwerfen sollte. Schon unsere eigene Lage müßte uns zur Arbeit an der Besserung der wirtschaftlichen Existenz anspornen. Wenn auch nicht sofort, so doch mit der Zeit, vielleicht auch später, muß eine Wendung in unserer Lage eintreten. Von uns allein wird unsere Zukunft abhängen.

In diesem Sinne wende ich mich an unsere Kollegen in Oberschlesien. Die Schlesische Geschichte lehrt uns, daß unser Landesteil die erste Stelle in Polen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie eingenommen hat. Zwar haben die beiden Handelszweige mit kleinen Ausnahmen die Deutschen verwaltet, was auch jetzt noch geschieht. So müßten wir uns auch jetzt bemühen, den Handel und die Industrie in Oberschlesien nicht nur auf einer so hohen Stufe zu erhalten, sondern auch einen Posten für unsere Landsleute — die Kaufleute — zu erkämpfen. In dem Sinne arbeitet unser Verein junger Kaufleute. Der beste Beweis dafür sind die Versammlungen dieser Vereine, in welchen diese wichtige Angelegenheit berührt und besprochen wird. Wir haben unter den jungen sowie auch unter den selbständigen Kaufleuten Individuen, welche ihre ganzen Kräfte der Arbeit für den Verein junger Kaufleute widmen. Diese Individuen können jedoch nicht das schaffen, was im gegebenen Falle die Gesamtheit der polnischen Kaufleute in Oberschlesien erreichen könnte. Diesen Kämpfern auf dem Gebiete der

wirtschaftlichen Arbeit müßten wir durchaus Hilfe entgegenbringen. Wir müssen an den Vereinsversammlungen teilnehmen, mit ratgebender Stimme dienen, Vorlesungen und Vorträge halten, polnische Schreib- und Handelskurse einrichten. Das ist nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch unsere Pflicht.

Leider ist in dieser Hinsicht in unserem Verein junger Kaufleute noch sehr wenig geschehen. Die Vorträge, Vorlesungen und Kurse verschiedener Art sind sehr selten, und sogar die Teilnahme an den Versammlungen ist sehr schwach. Ich war sogar öfters dessen Zeuge, daß manchmal nicht soviel Mitglieder erschienen sind, um die Versammlung abhalten zu können. Was sollen wir über die Mitglieder unserer Vereine sagen, wenn sogar der Vorstand nicht zur Versammlung erscheint? Das überschreitet schon alle Grenzen und dazu wirkt es ungünstig auf die einzelnen Mitglieder ein.

Das Verhalten dieser Individuen müßte man energisch verurteilen und sich um die Einführung besserer Disziplin unter den Mitgliedern bemühen, wenn die Mahnungen in den Blättern und in Versammlungen nichts nützen.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Existenz in Oberschlesien zum Vorteil der polnischen Kaufleute ist notwendig. Sie geht allen anderen Bewegungen unseres Volkes vor und ist nicht grundlos. Was bedeutet ein Volk ohne feste wirtschaftliche Existenz? Ein solches Volk hat gar keine Existenzberechtigung, ein schwaches Volk kann nicht bestehen. Die wirtschaftliche Bewegung ist das Fundament eines jeden Volkes, auf das man alles, die ganze Zukunft aufbauen kann. Wenn man einen starken Kaufmanns- und Industriestand hat, so kann auch Oberschlesien an eine bessere Zukunft denken. Geräuschvolle, oft übertriebene chauvinistische Phrasen werden die Existenz des oberschlesischen Volkes nicht heben, denn sie geben keine Bürgschaft für eine bessere Zukunft. Die oft verkündeten politischen Grundsätze, obgleich sie berechtigt sind, sind doch nicht am Platze, wenigstens nicht in der gegenwärtigen Zeit und unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Ich bin durchaus kein Gegner der politischen Bewegung, im Gegenteil, ich wünsche ihr guten Erfolg. Es ist bekannt, daß die Verteidigung unserer Sprache, unserer bürgerlichen Rechte angeborene Pflicht eines jeden Polen ist, dagegen sind wir gezwungen, die wirtschaftliche Existenz uns allein zu erkämpfen, und das ist Pflicht eines jeden arbeitenden Menschen in seinem Berufe.

Nachdem man sowohl die eine wie die andere Aufgabe erfüllt hat, können wir an die weitere Reform der Auffrischung unseres Volkes herangehen. Die Angelegenheit wird dann nicht mehr so schwierig sein, denn wir werden die größten und schädlichsten Konjunkturen hinter uns haben.

Wenn ich die obigen Zeilen schreibe, so denke ich gar nicht daran jemanden aufzubringen. Ich habe hier persönliche Sachen nicht berührt, sondern nur einzig auf die Fehler, welche sich unter unserem Volke, besonders aber unter unseren jungen Kaufleuten verbreitet haben, hingewiesen. Der Wurm der Trägheit, der seit Jahren an unserem Volke nagt, müßte für immer vernichtet werden. Ich hoffe, daß meine Worte niemand übel deuten wird, sondern das sie im Gegenteil, jeden aus dem bisherigen Schlafe aufrütteln, und die Veranlassung dazu sein werden, ein neues Leben zu beginnen, mit voller Hingebung und Begeisterung für unsere Sache.

Ich appelliere an die geehrten Kollegen in Oberschlesien und fordere sie auf, daß sie in der laufenden Winterszeit die auf ihnen lastenden Pflichten besser erfüllen, sie mit Aufopferung und Liebe so ausführen, damit die Oberschlesische Angelegenheit eine bessere Wendung nehme. Es wäre eine große Ehre für uns, wenn das durch uns begonnene Werk der wirtschaftlichen Hebung Oberschlesiens unter dem nationalen Losungswort mit der Zeit zustande käme.

Fr. Hodula.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 22 des Robotnik Polski na obczyźnie (Berlin) vom 15. November 1910:

Bückgen N.-L.

Der polnisch-katholische Arbeiterverein hielt am 11. September seine Generalversammlung ab, in welcher der nachstehende Vorstand gewählt wurde:

Johann Kubiak, Vorsitzender;
Egidius Pelinski, stellv. Vorsitzender;
Johann Zielazek, Schriftführer;
Valentin Mielczarek, stellv. Schriftführer;
Wladislaus Czlapka, Kassierer;
Tom. Risk, stellv. Kassierer;
Johann Golębiewski,
Johann Nimier,
Josef Nowicki, Beisitzer.

Im Laufe des Jahres fanden 12 gewöhnliche, 3 außergewöhnliche Versammlungen und eine Generalversammlung statt; außerdem wurden 2 Vorstandssitzungen abgehalten.

Der Verein richtete für die Mitglieder eine Bibliothek ein und kaufte einen Spind. Das gegenwärtige Vermögen des Vereins beträgt 196,69 Mark, davon befinden sich in der Industriebank (Posen) 100 Mark, den Rest verwaltet der Kassierer. Die Zahl der Mitglieder beträgt 39. Die Sitzungen finden an jedem zweiten Sonntag nach dem 8. eines jeden Monats statt.

Valentin Mielczarek, stellv. Schriftführer.

Aus Nr. 32 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin) vom 15. November 1910:

Görlitz. Jahresbericht des polnisch-katholischen Arbeitervereins. Im verflossenen Jahre hielt der Verein 24 Sitzungen ab, in denen Vereinsangelegenheiten erörtert und Vorträge gehalten wurden. An den Sitzungen beteiligten sich durchschnittlich 13—14 Mitglieder. Der Verein veranstaltete im Laufe des Jahres zwei Vergnügungen, einen Familienabend und eine Weihnachtsbescherung für 31 Kinder, die mit verschiedenen Geldgeschenken bedacht wurden.

Der Stand der Kasse ist folgender: Die Einnahmen betragen 102,77 Mark, die Ausgaben 132,09 Mark, Defizit 29,32 Mark. Allgemeiner Stand der Kasse: 278,14 Mark. Der Verein besitzt eine Bibliothek, die Eigentum des Volkslesevereins in Posen ist. An Zeitungen werden abonniert: Dz. Berlinski, das Verbandsorgan, und die Praca aus Posen. Der Verein hält monatlich zwei Sitzungen ab, im Winter am Sonntag, im Sommer am Montag. Die Zahl der Mitglieder beträgt 21. Der Verein besteht 12 Jahre.

Dem Vorstande gehören an:

Johann Merdasinski, Vors.,
Fr. Slaby, Stellv.,
M. Stachowski, Schriftf.,

L. Kosicki, Kass.,
K. Pierzchalski, Revisor,
Fr. Jozefiak, Revisor,
K. Pierzchalski, Bibl.

Martin Stachowski,
Schriftführer.

Aus Nr. 22 des Sokół (Posen)
vom 15. November 1910:

Kalkberge.

Die Feier des fünften Stiftungsfestes des Sokolvereins fand am Sonntag, den 23. Oktober unter zahlreicher Beteiligung von Kameraden und eingeladenen Gästen statt. In ansehnlicher Zahl waren männliche und weibliche Sokols aus den Berliner Vereinen und aus der Umgegend erschienen. Im offiziellen Teil begrüßte der Vereinsvorsitzende Tycner die Sokolschar und die Gäste. Unter anderen war auch der Ortspfarrer erschienen, welcher Wünsche für die weitere Entwickelung abstattete.

(Im übrigen enthält der weitere Bericht nichts Bemerkenswertes. Red. d. Ges.-Üb.)

Aus Nr. 262 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 18. November 1910:

Unlauterer Wettbewerb.

Die besoldeten Agenten der Gazeta Grudziondzka, Herr Stanislaus Kuntz und Herr Ignatz Zninski (der nach langem Umherirren in verschiedenen Parteien endlich dort gelandet ist, wo man am besten zahlt, bei den Zentrumsleuten, in dem sogenannten Nationalrat, im Dziennik Poznanski und in der Gazeta Grudziondzka) veranstalten hier Versammlungen von Abonnenten der Gazeta Grudziondzka, um neue und „geliebte Brüder" zu fangen und den Dziennik Berlinski zu unterminieren. Wacker hilft ihnen hierbei das Faktotum des Herrn Kulerski, Herr Kaczmarek aus Moabit, dem es ganz außerordentlich schmeichelt, daß der „Herr Abgeordnete" bei ihm mit dem Automobil vorfährt, ihn auf die Schulter klopft und ihn „geliebter Bruder" nennt, daß er sogar von ihm — Gipfel der Gnade — ein gedrucktes Diplom als Vertrauensmann mit der eigenhändigen Unterschrift des „Herrn Abgeordneten" besitzt.

Trotz ihrer großen Bemühungen und ihrer Agitation, die mit Hilfe von ziegelfarbenen Agitationszetteln betrieben wurde, die vor den Anhängern des Dziennik Berlinski sorgfältig geheim gehalten wurden, erschienen zur Versammlung, die vorgestern in Charlottenburg abgehalten wurde, etwa 30 „geliebte Brüder", und zu der Versammlung, die gestern in Moabit und zwar am Vormittag während des Gottesdienstes stattfand, waren ebenso viele Personen erschienen.

Beide Versammlungen leitete der besoldete Agitator der Gazeta Grudziondzka, Herr Kunz, der sich selbst zum Leiter gewählt hatte, und der Hauptredner war der neue Commis voyageur der Gazeta Grudziondzka, Herr Zninski, einst ein großer Schreihals der Nationaldemokratie, ein Gesinnungsbruder des Herrn Korfanty. Beide sind mit ihrer Marktschreierei bankrott geworden und sind in den Dienst der Konservativen und der von ihnen abhängigen Personen getreten.

Wir verstehen, daß sich Herr Zninski bei dem neuen Herrn beliebt machen will, wir verstehen dagegen aber nicht, weshalb er seine neue Karriere mit dem Kampfe gegen den Dziennik Berlinski beginnt, der ihm bis jetzt nichts Böses getan und sich an der allgemeinen Jagd auf ihn nicht im geringsten beteiligt hat.

Weshalb hat er ebenso wie Herr St. Kunz in lügenhafter Weise behauptet, daß in Berlin 80000 Polen leben, daß der Dziennik Berlinski 8000 Abonnenten hat, daß sich also neben ihm noch eine andere polnische Zeitung halten kann. Zunächst gibt es in Berlin nicht einmal halb so viele Polen und auch der Dziennik Berlinski hat nicht so viele Abonnenten. Die Gazeta Grudziądzka hat doch vor einem Jahre selbst verkündet, daß der Dziennik Berlinski knapp 2000 Abonnenten hat. Damals hat sie gelogen und heute lügen ihre Agitatoren. Und dies alles geschieht, um eine Zeitung zu erdrücken, die wie der Dziennik Berlinski von keiner Partei abhängt, in keines Menschen Dienste steht, sondern nur der demokratischen, völkischen Idee ehrlich dient.

Die von den Agitatoren der Gazeta Grudziądzka angewandte Kampfesart trägt alle Merkmale des unlauteren Wettbewerbs, ganz abgesehen davon, daß es eine im höchsten Maße unedle Aktion ist, die Existenz einer Zeitung vernichten zu wollen, die, von dem verstorbenen Patron Wawrzyniak gegründet, bereits 15 Jahre auf ihrem schwierigen Posten steht und nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat, treu ihre nationale Pflicht erfüllt. Es lohnt sich nur zu fragen, ob dies alles mit Wissen und Wollen des Herrn Kulerski geschieht, und ob er diese ekelhafte Konkurrenzarbeit billigt. Und wenn er sie billigt, ist er der Ansicht, daß sich dies mit seiner Stellung als Abgeordneter verträgt! Und sieht er selbst nicht ein, daß dies eine Ausbeutung des Abgeordnetenmandats für rein persönliche Zwecke sein würde?

Wir wollen noch zu seinen Gunsten voraussetzen, daß die Agitation, welche vorgestern und gestern seine Leute, die Herren Kunz und Zninski, getrieben haben, ohne sein Wissen und Wollen geschehen ist, aber in einem solchen Falle möge er ihnen verbieten, gegen den „Dziennik Berlinski" unlauteren Wettbewerb zu treiben.

Noch eins. Auf den Agitationszetteln stand gedruckt, um naive Leute heranzuziehen, daß in jenen Versammlungen „unser Verleger, Herr Abgeordneter Kulerski, uns kennen zu lernen und sich mit uns zu beraten wünscht".

Herr Kulerski war aber weder in der einen, noch in der andern Versammlung. Die Agitatoren, darüber interpelliert, weshalb „der Herr Abgeordnete" trotz der Ankündigung nicht erschienen sei, erklärten seine Abwesenheit damit, er hätte nicht kommen können, weil er an den Sitzungen der Kommission für die Reichsversicherungsordnung im Reichstage hätte teilnehmen müssen.

Sie haben eine bewußte Lüge ausgesprochen, denn in dieser Woche fanden im Reichstage überhaupt keine Sitzungen dieser Kommission statt.

Trägt das Operieren mit solchen Mitteln nicht ganz deutlich alle Merkmale eines strafbaren, unlauteren Wettbewerbs?

Aus Nr. 267 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 22. November 1910.

Zu dem in Nr. 262 des „Dziennik Berlinski" vom 18. November 1910 veröffentlichten Artikel

„Unlauterer Wettbewerb"

bemerkt der „Wiarus Polski".

„Wenn jemand Zweifel darüber hegt, ob die Agitation mit Wissen des Herrn Abgeordneten Kulerski

getrieben wird, so können wir ihn darüber informieren, daß der Herr Abgeordnete Kulerski zu solcher Versammlung selbst hinreist, gewöhnlich in Begleitung des Herrn Kunz. Nur hier und dort vertritt ihn in würdiger Weise Herr Ignatz Zuinski. Daß man in die Versammlungen Leute, die ihr Licht nicht ausschließlich aus den Zeitungen des Herrn Kulerski schöpfen, nicht hineinläßt, hat seinen Grund darin, daß sich unter ihnen Leute finden könnten, die dem Herrn Abgeordneten ein Wort der Wahrheit sagen würden, wie dies in verschiedenen Orten Westfalens und des Rheinlandes geschehen ist. Die Polen, die neben einer Zeitung des Abgeordneten Kulerski noch andere Zeitungen lesen, wollen an die von der Vorsehung erfolgte Sendung des Herrn Kulerski nicht glauben. Am Sonntag erzählte man in einer Versammlung in Gerthe unter allgemeiner Heiterkeit, daß dort vor einer Woche der Herr Abgeordnete Kulerski gewesen sei, sich vor einer Handvoll von Vertrauensleuten eine Stunde selbst gepriesen und seine Ausführungen nach bekanntem Muster mit den Worten gekrönt habe:

„Denn ich bin ein vor die polnische Hütte gestelltes Instrument des Herrn."

Aus Nr. 86 der Osa (Herne-Horsthausen) vom 19. November 1910:

Der Hakatistenverein und die Enteignung.

Die hakatistischen Zeitungen können nicht verstehen, weshalb die preußische Regierung von der zwangsweisen Enteignung keinen Gebrauch macht, und die Erbitterung in dem hakatistischen Lager ist deshalb auch groß. Sie wächst noch aus dem Grunde, weil die Regierung es nicht für notwendig hält, dem Hakatismus die Ursache ihres Verhaltens mitzuteilen.

Die polnischen Zeitungen geben als Grund die Rücksicht auf Österreich an, das entschieden dagegen ist, daß man die Polen im preußischen Anteil mit Skorpionen züchtigt, um es nicht zur äußersten Erbitterung kommen zu lassen. Denn die Polen im österreichischen Anteile würden aufhören, die österreichische Regierung zu unterstützen, die zu dem um Rache gen Himmel schreienden Unrecht schweigen würde, das ihren Landsleuten im preußischen Anteil geschieht. Es ist möglich, daß hierin etwas Wahres liegt, aber nach den bisherigen Erfahrungen wird wohl niemand unserer hitzigsten Optimisten den Mut haben, zu behaupten, daß irgendwelche Rücksichten auf die Polen, auf die Hemmung der antipolnischen Strömung Einfluß haben könnten. Wahrscheinlich gibt sich niemand von uns in dieser Hinsicht irgend einer Täuschung hin. Man muß also andere Ursachen suchten.

Das Enteignungsgesetz wäre nicht durchgegangen, wenn die Regierung nicht den einflußreichsten deutschen Kreisen versichert hätte, daß das Gesetz in der Praxis niemals angewendet werden würde; die fatalen Folgen, die sich hieraus ergeben würden, lassen sich für den Augenblick nicht übersehen.

Die Regierung würde durch die Durchführung eines solchen erzwungenen Gesetzes Wasser auf die Mühle der Sozialisten leiten, die sie bis jetzt energisch bekämpft. Ein verständiger Staatsmann liebt es an und für sich nicht, mit Ausnahmegesetzen zu regieren, mit welchen, wie Graf Cavour zu sagen pflegte, jeder Esel zu regieren verstehen würde.

Für den Augenblick genügt der Regierung das Bestehen des Enteignungsgesetzes als Schreckgespenst vollkommen. Wer nichts zu verlieren hat, der kann natürlich über eine solche Gefahr spotten, wem aber die zwangsweise Enteignung droht und wer sein von den Vätern ererbtes Land liebt, von dem kann man sich nicht wundern, wenn er sich über das Schicksal seines Besitztums sehr beunruhigt.

Noch ein Grund für das Zögern der Regierung.

Die Ansiedler, die aus allen Ländern der Welt als Pioniere der deutschen Zivilisation herangezogen sind, beginnen — wie in Zabikowo — die Situation zu überblicken und zu der Überzeugung zu kommen, daß man sie mit schönen patriotischen Phrasen herbeilockt, aber die Versprechungen nicht gehalten hat, daß man sie richtig über den Löffel barbiert hat, indem man ihnen schlecht gebaute Gebäude gab und sich für den Morgen Acker 800 bis 1000 Mark, ja sogar noch viel mehr zahlen ließ, trotzdem man noch kurz vorher den Morgen für 300 Mark erworben hatte.

Nachdem sie sich noch besser umgesehen hatten, nahmen sie wahr, daß ihre Landsleute — Barone noch mehr und besseren Acker besitzen, und daß namentlich auf den staatlichen Domänen die Pächter, die eine nur geringe Pacht zahlen und gegebenen Falls nichts zahlen, ein wahres Herrenleben führen.

Sind sie denn schlimmer wie die anderen Deutschen? Es werden schon einzelne Stimmen laut, welche fordern, diese Fettwürste nach Afrika zu schicken und den Grund und Boden unter die arbeitsamen Ansiedler zu verteilen.

Die Regierung rechnet mit der Gefahr und möchte nicht andern den Weg zeigen, der schließlich zur Fortnahme fremden Eigentums führt. Die Sozialisten sind zu rufen bereit: Was der Regierung gestattet ist, das ist auch uns gestattet! Wer kein Stückchen Erde hat, möge dem Beispiel der Regierung folgen.

Vielleicht möchte jemand behaupten wollen: das ist doch unmöglich. Die Geschichte lehrt indessen, daß schon viel geschehen ist, was man für unmöglich gehalten hatte. Fast alle dachten, daß das kleine und bis dahin unbekannte Japan den nördlichen Riesen mit tönernen Füßen nicht besiegen würde. Wenn vorher jemand der russischen Regierung gesagt hätte, daß ihre Flotte, die Millionen gekostet hatte, innerhalb zwanzig Minuten im Meere versinken würde, den hätte diese Regierung zur Prügelstrafe verurteilt. Und dennoch geschah es.

Der König und die Regierung von Portugal glaubten ebenfalls nicht, daß dem empörten Volke einige Stunden genügen würden, um die verhaßte Regierung in alle vier Winde zu jagen und dem jungen Könige zu befehlen, sein junges Leben nach England zu flüchten.

Das Fundament der Regierungen und der Throne ist die Gerechtigkeit. Wer die Gerechtigkeit vergewaltigt, der untergräbt die Throne und jede Autorität auf Erden. Regieren heißt das voraussehen, was in der Zukunft geschehen kann. Wer es nicht versteht, vorauszusehen, der versteht auch nicht zu regieren.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 518 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 8. November 1910:

Die russisch-preußische Freundschaft.

Nachdem Rußland dem ausdrücklich gegen Deutschland gerichteten englisch-französischen Einvernehmen sich angeschlossen und Deutschland eine schroffe Antwort auf seine Ansprüche in Persien gegeben hat, lenkte der amtliche, feierliche Besuch des Zaren Nikolaus am Berliner Hofe die Aufmerksamkeit auf sich, als auf ein Ereignis von ungewöhnlicher, politischer Bedeutung. Und der Eindruck wird noch durch den Umstand verstärkt, daß den Zaren auf diesem Ausfluge der Minister des Äußeren begleitete, dessen Ernennung an Stelle

Iswolskis jedenfalls nicht als die Garantie für die Fortdauer der auswärtigen russischen Politik gelten kann.

Wie gewöhnlich in derartigen Fällen, herrscht bei der Erklärung der Einzelheiten der Begegnung und bei der Beurteilung ihrer politischen Tragweite in der europäischen Presse eine sehr große Meinungsverschiedenheit.

Die liberale, einen schweren Kampf um die bedrohten Rechte des Verfassungsrechts kämpfende deutsche Presse schreibt mit einer gewissen Geringschätzung, ja sogar Nichtachtung über den Besuch des östlichen Alleinherrschers unter dem Schutze einer ganzen Armee von Spionen und Polizeispitzeln bei dem Königsberger Verteidiger des Königstums von Gottes Gnaden.

Die konservative Presse begrüßt mit Begeisterung den hervorragendsten Vertreter der Reaktion in Europa und spricht von der Wiederherstellung der allen Feinden des Fortschritts so wertvollen überlieferunesmäßigen Harmonie in den preußisch-russischen Beziehungen . . .

Die Franzosen und Engländer bezeichnen mit gleichgültiger Miene diese Begegnung als einen Akt internationaler Höflichkeit, der mit der politischen Richtung des östlichen Bundesgenossen nichts gemein hat. In Österreich begrüßen die einen nicht ohne Befriedigung die Berichte über die Potsdamer Festlichkeiten in der angenehmen Hoffnung, daß die immer engere deutsch-russische Freundschaft sich auf die russisch-österreichischen Beziehungen in angenehmer Weise übertragen werde. Andere fragen ängstlich, ob diese Wendung nicht die Bewegungsfreiheit der mit Deutschland eng verbundenen und mit Rußland verfeindeten Monarchie einschränken werde. Das liberale Rußland, auf die Freundschaftskundgebungen im europäischen Westen mit Unruhe blickend, schweigt; das reaktionäre Rußland ist entzückt von der alten Waffenbrüderschaft und ruft: „Es lebe Deutschland!"

Die Sache ist einfach: Die Preßstimmen bilden vielmehr einen Abglanz der Wünsche, Hoffnungen, sowie der belebenden und Völker und politische Gruppen beunruhigenden Befürchtungen, als eine Erklärung der Bedeutung eines Ereignisses, dessen Charakter bis jetzt rätselhaft ist. Vergeblich sind auch die Bemühungen, das Geheimnis zu lüften, in das sich die Einzelheiten der vertraulichen Beratungen zwischen den Monarchen und ihren Ministern hüllen . . . Nur ein viel besprochener Umstand gestattet, den Saum des Vorhangs etwas beiseite zu schieben. Amtlich wurde die Sache so dargelegt, daß der Besuch des Zaren am kaiserlichen Hofe eine unvermeidliche Folge seines langen Verweilens auf deutschem Boden war, daß unter solchen Umständen die Übergehung Potsdams ein greller Akt der Unaufrichtigkeit, eine Erscheinung der Abneigung gewesen wäre. So liegt die Sache zweifellos. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß sich Zar Nikolaus noch vor ganz kurzer Zeit einem anderen Staate und Monarchen gegenüber durch Rücksichten internationaler Zuvorkommenheit garnicht gebunden fühlte, und daß er bei seiner beabsichtigten Reise nach dem italienischen Racconigi offenbar ostentativ der auf dem nächsten Wege belegene österreichische Territorien vermied, um in ungeheurem Bogen über Deutschland und Frankreich nach Italien zu gelangen. Und die Bedeutung dieses auffallenden Unterschiedes in dem Verhalten des Zaren ändert nicht der Umstand, daß damals die Richtung der auswärtigen Politik in den Händen des mit dem Freiherrn v. Aehrenthal verfeindeten Iswolski lag und dieser heute auf die Entschließungen des Zaren keinen Einfluß mehr ausüben kann. Es läuft sogar das alle Merkmale der Wahrscheinlichkeit habende Gerücht ein, daß gerade der Widerstand Iswolskis gegen den amtlichen Besuch des Zaren am Berliner Hofe schließlich zu seiner längst beabsichtigten Entlassung führte.

Angesichts dieser Verhältnisse ist die eine Annahme ganz sicher begründet. Dem Zaren Nikolaus, der die Verschlechterung der Beziehungen zu Österreich als vollendete Tatsache betrachtete und auf seiner Reise nach Racconigi nachdrücklich seine Abneigung gegen Österreich hervorhob, lag es daran, seine Wohlgeneigtheit für das deutsche Kaiserreich nnd den deutschen Kaiser zu betonen und zu beweisen, daß die Mißverständnisse, die unter der Regierung Iswolskis in die Erscheinung traten und mehrmals zu sehr unangenehmen Mißklängen zwischen den beiden Staaten führten, heute bereits der Vergangenheit angehören, daß die deutsch-russischen Beziehungen sich wieder dem alten Zustande des Zusammenlebens und der Bereitwilligkeit zum gemeinsamen Handeln nähern.

Es ist also eine Wendung eingetreten und zwar eine um so auffallendere, als die strittige Frage zwischen dem Zarenreich und Deutschland, die persische Angelegenheit, gerade jetzt sich in einer sehr gefährlichen Weise zuspitzte und in ein kritisches Stadium trat. England, das dem Drucke des Petersburger Kabinetts nachgibt und wünscht, die mit Rußland eingegangene Vereinbarung dahin auszunutzen, mit ihm zusammen entsprechende Vorteile in Persien zu erringen, tat einen entschiedenen Schritt, um sich einen Einfluß auf die Entwickelung der öffentlichen Angelegenheiten in diesem Lande zu sichern und bestärkt durch sein Verhalten Rußland in der Absicht, eine bewaffnete Okkupation der nördlichen Provinzen Persiens aufrecht zu erhalten. Es spricht nichts dafür, daß man in dem liberalen englischen Kabinett mit dem Gedanken einer förmlichen Aufteilung des persischen Reiches umgehe. Nicht nach dieser Richtung gehen die englischen Wünsche. Darüber aber kann es nicht zweierlei Ansichten geben: es handelt sich um Durchführung eines gemeinsamen Vorgehens, daß Persien zu einer ausschließlich englisch-russischen Domäne wirtschaftlicher Ausbeutung umwandelte, mit Ausschluß aller Mitbewerber, insbesondere der gefährlichen Deutschen.

Wenn unter solchen Umständen Zar Nikolaus das Bedürfnis fühlte, am deutschen Hofe einen amtlichen Besuch zu machen, so konnte er dies nur entweder infolge eines Druckes, aus Furcht vor einer gefährlichen Zuspitzung der Beziehungen mit dem westlichen Nachbar tun oder auch in der Absicht, ihn zu Zwecken der russischen Politik auf Kosten irgendwelcher ernster politischer oder kommerzieller Zugeständnisse zu gewinnen. Jedenfalls kam er nach Potsdam nicht mit leeren Händen. Er konnte aber entweder nur das Versprechen mitbringen, daß Deutschland durch Rußland zu der Beteiligung an den persischen Errungenschaften zugelassen werden würde, und daß England — was für Berlin am wichtigsten ist — die gewünschte Bewegungsfreiheit am persischen Meerbusen nicht verlangen würde, oder auch den Vorschlag zur Mitwirkung an den allgemein-politischen Angelegenheiten, die Versicherung, daß Rußland sich an keiner Handlung beteiligen werde, die die Einschränkung der deutschen Einflüsse nach dem Programm der Dreimächtevereinbarung bezweckt.

Ganz abgesehen davon entscheiden zweifellos über die Politik des Zaren überlieferungsmäßige politische Sympathien und gemeinsame reaktionäre Gesinnungen, und es ist nicht schwer zu erraten, daß bei den Verhandlungen auch die politische Sache eine Rolle gespielt habe, deren Aufrollen nach irgend einer positiven Richtung hin, seit dem Regierungsantritt des Reichskanzlers v. Bülow, das größte Schreckgespenst für die Berliner Politiker bildet. Wie während des ganzen XIX. Jahrhunderts, so bildet auch jetzt die polnische Angelegenheit den ständigen Kitt zwischen Preußen und

Rußland und erhält sie in den Bahnen einer Politik, deren Ausnutzung Preußen sowohl zur Entwickelung und Macht, als auch zur Lahmlegung jeglicher europäischer Gegenaktion führt.

Jedenfalls müssen wir den Besuch des Zaren Nikolaus in Potsdam als den Abschluß einer Periode des Schwankens in der auswärtigen Politik Rußlands nach der mandschurischen Niederlage betrachten. Es folgte die von Deutschland so ersehnte Rückkehr zu einem System, das so meisterhaft von Bismarck ausgenutzt wurde. Der zwischen Petersburg und Berlin zerrissene Draht wurde von neuem verbunden und zwar hinter dem Rücken des amtlichen österreichischen Bundesgenossen.

Angesichts der Freundschaftserneuerung mit Rußland ist Österreich für Deutschland nicht mehr der einzige, unersetzliche Bundesgenosse, ihm droht der Verlust der Freiheitsbewegung, der es lediglich die energische deutsche Hilfe in der bosnischen Angelegenheit verdankt und angesichts der Unmöglichkeit der Aussöhnung mit Rußland ohne Preisgabe seiner Lebensinteressen macht sich in weiterer Perspektive die Rückkehr zu der alten Abhängigkeit von dem Berliner Bundesgenossen bemerkbar.

Es rächen sich im weiteren Verlauf die alten Fehler: die Unfähigkeit, im geeigneten Augenblick einen entschiedenen Entschluß zu fassen und das verhängnisvolle Festhalten an dem angeblichen deutschen Staatscharakter, der der Monarchie nicht gestattete, Bundesgenossen zu gewinnen, die mit ihr durch die Gemeinschaft des Daseinsinteresses und der politischen Entwicklung verbunden wären. Den ersten Fehler bezahlte Österreich im Laufe des XIX. Jahrhunderts mit dem Verluste seiner führenden Stellung in der deutschen Nation — der zweite droht ihm mit keiner geringeren Gefahr: mit dem Verlust seiner Stellung im Slawentum, von der seine Zukunft abhängt.

Aus Nr. 531 des Slowo Polskie (Lemberg) vom 16. November 1910:

Märchen von der Enteignung.

Angesichts der Nachricht in dem „N. Wiener Tageblatt", daß im preußischen Ministerium noch in dieser Woche über die Enteignung von 27 polnischen Landgütern in der Provinz Posen Beschluß gefaßt werden würde, erklärt die Gazeta Narodowa aufgrund einer Information aus Wien, daß sich diese Nachricht lediglich auf hakatistische Preßstimmen gestützt habe. „Im österreichischen Ministerium des Auswärtigen sei versichert worden, daß man dort davon nichts wisse, daß die preußische Regierung die Absicht habe, dem Antrage der Ansiedelungs-Kommission, von dem Enteignungsgesetze baldmöglichst Gebrauch zu machen, stattzugeben. Man war dort gleichzeitig der Ansicht, daß die vom „N. Wiener Tagbl." wiederholte Nachricht der Berliner Blätter mehr ein frommer Wunsch der Hakatisten, als der Ausdruck der Bestrebungen der preußischen Regierung sei."

Aus Nr. 312 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 15. November 1910:

Ein Bild des Hakatismus.

Infolge Eingabe einer armen Frau befreite sie der Magistrat in Bielitz von der Zahlung der Taxe für die Errichtung eines Grabkreuzes für ihre Tochter auf dem städtischen Kirchhofe. Als man jedoch im Magistrat erfahren hatte, daß auf dem Grabkreuze eine polnische Inschrift zu sehen sei, wurde mit der Zurückziehung der Vergünstigung angedroht, wenn die Aufschrift nicht in eine Deutsche umgewandelt würde. Selbstverständlich zog die Frau es vor, den betreffenden Betrag zu bezahlen, als die polnische Aufschrift zu beseitigen. —

Aus Nr. 312 des Dziennik Polski (Lemberg) vom 15. November 1910:

Der Schulstreik.

In der polnischen Schule in Dziecmorowice im Kreise Teschen, die im vorigen Jahre die polnischen Schulkinder zu besuchen aufhörten, um sich eine öffentliche polnische Schule zu erkämpfen, droht in diesem Jahre wieder ein neuer Schulstreik auszubrechen. Bis jetzt erteilte in der polnischen, von dem Schulverein unterhaltenen Schule den Religionsunterricht der dortige Propst, ein Pole, den die Tschechen durchaus beseitigen wollten. Sie veranstalteten deshalb fortwährend Abenteuer in der Kirche, bis er sich, dieses Kampfes überdrüssig, in eine andere Parochie versetzen ließ. Vorläufig wurde zu seinem Nachfolger ein tschechischer Vikar ernannt, der die Kirche nicht nur vollständig tschechisierte, sondern auch in der polnischen Schule den Religionsunterricht in tschechischer Sprache zu erteilen anfing, indem er behauptete, daß er der polnischen Sprache nicht mächtig sei. Dabei ließ er die polnischen Lehrer zum Religionsunterricht nicht zu. Angesichts dieser offenkundigen Tschechisierung einer polnischen Schule durch einen tschechischen Geistlichen beschlossen die polnischen Eltern, ihre Kinder nicht in den Religionsunterricht zu schicken. Auf diese Weise dauert der Schulstreik während des Religionsunterrichts bereits drei Wochen.

Die Angelegenheit wäre vielleicht nicht von so großer Tragweite, wenn nach der Besetzung der Propstei, die sicherlich bald erfolgen wird, sie ein polnischer Geistlicher erhielte. Aber auch hier beweisen die Tschechen einen merkwürdigen Eigensinn und Widerstand, indem sie von den Kirchenbehörden die Ernennung ausschließlich tschechischer Geistlicher in der Dziecmorowicer Parochie verlangen.

Aus Nr. 522 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 10. November 1910:

Die getäuschten Ansiedler.

Die von der hakatistischen Landbank aus Rußland herangezogenen und in Zabikowo bei Posen angesiedelten deutschen Bauern hielten in Posen eine von 180 Personen besuchte Versammlung ab, um gegen das betrügerische Vorgehen Einspruch zu erheben, dem sie zum Opfer fielen, und um Mittel und Wege einer erfolgreichen Verteidigung ihrer Interessen ausfindig zu machen.

Bei den Verhandlungen traten sehr interessante, die Tätigkeit der hakatistischen Bank und die Gesinnung der Ansiedler betreffende Einzelheiten in die Erscheinung. Die Redner erklärten, den Ansiedlern in Zabikowo sei ein ungeheures Unrecht geschehen. Unter der Losung der Bekämpfung der polnischen Gefahr habe man sie durch Bekanntmachungen in den Zeitungen und durch Prospekte als Pioniere deutscher Kultur und deutscher Sitten herbeigelockt.

Indes seien sie getäuscht und viele an den Bettelstab gebracht worden. Von einer Förderung des Deutschtums könne unter den obwaltenden Verhältnissen keine Rede sein; im Gegenteil, die Ansiedler seien gezwungen, die Polen um Unterstützung zu bitten. Die Regierung könne nicht verlangen, daß sie unter solchen Umständen eifrige Förderer der Germanisierung würden; sie würden es lieber sehen, wenn ihre Kinder Katholiken und Polen würden, denn diese hätten für ihre Not, in die sie die Landbank hineingestürzt hätte, mehr Einsehen.

Diese Bank habe für den Morgen Land höchstens 300 Mk. gezahlt, ihn aber an die Ansiedler zu 800 bis 1700 Mk. verkauft, überdies noch verschwiegen, daß die benachbarten Ziegeleien hypothekarisch eingetragenes Verkaufsrecht ihres Grundes und Bodens, erforderlichenfalls für den Preis von 300 Mk. für den Morgen hätten. Die Bemühungen der Ansiedler bei der Regierung, den Ministerien, ja sogar bei dem Könige seien ohne Erfolg geblieben. Schließlich habe man viele Prozesse in der Angelegenheit angestrengt, zurzeit aber, kurz vor der Entscheidung, sei eine Pause eingetreten, denn die General-Kommission, die die Ansiedelung unterstützt habe, habe die Absicht, im Vergleichswege die Zwistigkeiten zu schlichten. Das Ergebnis werde für die Ansiedler ein ungünstiges sein, was sich übrigens schon gezeigt habe. Mehr als 100 Ansiedler hätten bereits, nachdem sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht und ihr Vermögen eingebüßt hätten, Zabikowo verlassen.

Nach langen Beratungen hätten die Ansiedler beschlossen, erneut den Gerichtsweg zu beschreiten und auf gemeinschaftliche Kosten ihr Interesse wahrzunehmen.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.